23. Jahrgang. Montag 2. Mai. Abend-Ausgabe.

Danziger Zeitung.

№ 12767. Die „Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ketterhagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 ₰. — Die „Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen. 1881.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Petersburg, 2. Mai. Die Newa ist gestern vollständig eisfrei geworden.

Nach Schluß der Redaction eingegangen.

Dublin, 2. Mai. Eine Proclamation des Vicekönigs von Irland erklärt Dublin für im Zustande der Ruhestörung befindlich und verfügt für die Stadt die Suspendirung der Habeas-corpus-Acte. Die Verhaftung Dillon's und anderer Häupter der Agrarliga gilt als unmittelbar bevorstehend.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Petersburg, 1. Mai. Nach amtlicher Mittheilung fand am 27. v. M. in Elisabethgrad ein Zusammenstoß zwischen Christen und Juden statt, bei welchem einige von Juden bewohnte Häuser und mehrere Juden angehörende Schanklokale geplündert wurden; die Ruhestörungen dauerten bis zum 29. Morgens, wo die Ruhe wiederhergestellt wurde. Bei den stattgehabten Thätlichkeiten wurde ein Jude getödtet; mehrere Personen sind schwer verletzt. Es ist eine strenge Untersuchung des Vorfalls eingeleitet. — Die „Agence Russe" sagt: Von einer Verzögerung in der Ratification des mit China abgeschlossenen Vertrags ist nicht die Rede, der chinesische Botschafts-Secretär, der den Vertrag seiner Regierung zu überbringen habe, ist in Peking noch gar nicht angekommen.

Washington, 1. Mai. Dem Schatzsecretär Windom sind bis jetzt für 47 Mill. Dollars sechsprocentige Obligationen zugegangen, welche gegen 3½ procentige Verzinsung verlängert werden sollen; ein viel höherer Betrag solcher 6procentiger, mit nur 3½ procentiger Verzinsung zu verlängernder Obligationen wird, dem Vernehmen nach, demnächst dem Schatzamte zugehen. Schatzsecretär Windom hofft, daß alle 6procentigen Obligationen gegen nur 3½ Procent Zinsen verlängert werden. Die Auszahlung der am 31. März d. J. einberufenen 5procentigen Obligationen der Serie 101 der amortisirbaren Schuld mit den für dieselben bis zum 21. Mai d. J. berechneten Zinsen erfolgt am 4. d. M.

Politische Uebersicht.

Danzig, 2. Mai.

Die Rede, welche vorgestern Hr. v. Forckenbeck als Erwiderung auf die gegen die städtische Communalverwaltung geschleuderten Angriffe im Reichstage hielt, hat sowohl wegen ihres sachlichen Inhalts, wie auch wegen des ruhigen, vornehmen Tones auf allen Seiten einen sehr vortheilhaften Eindruck gemacht, um so mehr, da sie in allen ihren Beziehungen so sehr von den leidenschaftlichen Angriffen abstach.

Merkwürdig ist, daß Fürst Bismarck, indem er sich gegen eine angeblich zu hohe Veranlagung der „Pferdesteuer" in Berlin beschwerte, dieselbe — so muß man wenigstens aus seiner Rede schließen — für eine Communalsteuer gehalten zu haben scheint, deren Ertrag zur Bestreitung der Berliner städtischen Bedürfnisse diene. Diese Erklärung ist nur anzunehmen, denn außer ihr bliebe nur die von vornherein auszuschließende übrig, daß er verlangt, daß die allgemeinen Staatsgesetze auf ihn keine Anwendung fänden. Der Ausdruck „Pferdesteuer" ist eigentlich falsch; was so genannt worden ist, ist bekanntlich ein Beitrag zu einem Versicherungsfonds, aus welchem die Besitzer von wegen ansteckender Krankheiten auf polizeiliche Anordnung getödteten Thieren eine entsprechende Entschädigung erhalten. Dies beruht auf dem sogenannten Viehseuchengesetz, das jenen Beitrag sämmtlichen Besitzern von Pferden, Eseln, Maulthieren auferlegt. Jede Provinz bildet eine besondere Versicherungsanstalt. Die Städte Berlin und Frankfurt a. M bilden jedoch je einen besonderen Provinzialverband für sich. Wenn sämmtliche Pferde, die der Reichskanzler in Berlin hält, wegen Rotzkrankheit getödtet werden müßten, so würde er aus der Kasse den Ersatz des Schadens erhalten, und dafür muß er alljährlich eine bestimmte kleine Prämie bezahlen. Der Bestand der Thiere muß an einem bestimmten Termine aufgenommen werden, und Fürst Bismarck hat die Steuer für so viel Pferde entrichten müssen, wie sein Personal an diesem Termin den städtischen Beamten angegeben hat. Nun hält Fürst Bismarck sich die von seinem Personal angegebene Anzahl von Pferden in Berlin nicht immer, sondern nur, wenn er in Berlin lebt. Aber die Berliner städtischen Behörden hätten pflicht- und gesetzwidrig gehandelt, wenn sie nicht genau so verfahren haben würden, wie geschehen ist. Es wäre sicher zu viel verlangt, wenn man von dem Reichskanzler beanspruchte, daß er die Details aller Gesetze kennen sollte, die mit unter seiner Verantwortlichkeit ins Leben gerufen sind. Wünschenswerth wäre es jedoch, wenn er sich etwas mehr mit den Details beschäftigte, ehe er, wie geschehen, mit seinen persönlichen Ansichten an die Oeffentlichkeit tritt.

Ob es bei der dritten Lesung gelingen wird, das Dienstwohnungsgesetz zum Fall zu bringen, wie in einigen Zeitungen angenommen wird, ist doch noch sehr zweifelhaft. Das Haus war vorgestern allerdings schwach besetzt; aber es fehlten doch mehr von den Parteien, welche sich für das Gesetz erklärt haben, als von den Gegnern des Gesetzes. So nach einem vorläufigen Aufgestell, welches allerdings noch nicht ganz genau sein wird, vom Centrum 60, von den Freiconservativen 20, von den Deutsch-Conservativen 11. Ferner fehlten von den Nationalliberalen 28, von der Fortschrittspartei und den Secessionisten je 5, von den Elsässern [..] Polen 14, Socialdemokraten 9, von der Gruppe Schauß-Völk, welche bekanntlich ganz getheilt stimmte und deren dafür stimmende Mitglieder den Ausschlag gaben, 5.

Heute, morgen und übermorgen finden keine Plenarsitzungen des Reichstages statt; diese drei Tage sind den Commissionen überlassen, weil man so die Arbeiten besser fördern zu können hofft. Von der nächsten Woche an sollen dann die Plenarberathungen möglichst wenige Unterbrechungen erfahren.

Am Donnerstag findet die zweite Berathung des Gesetzes betreffend die Abänderung der Reichsverfassung statt. Die Commission hat bekanntlich auf Antrag des Abg. v. Bennigsen den Beschluß gefaßt, die Berufung des Reichstages „im October" vorzuschlagen. Von conservativer Seite wird die Wiederherstellung der Regierungsvorlage beantragt werden. Von liberaler Seite wird der ursprüngliche Antrag des Abg. Rickert wieder aufgenommen werden, daß in Zukunft die Feststellung des Reichsetats vor derjenigen der Landesetats erfolgen solle.

Charakteristisch für die jetzige conservativ-clericale Gesetzmacherei ist folgender Vorgang: Die Innungscommission des Reichstages beschäftigte sich am Freitag mit dem Innungsausschusse der Regierungsvorlage und mit der Handwerkerkammer, welche Herr v. Kleist-Retzow wo möglich obligatorisch eingeführt wissen wollte. Während aber nach der Vorlage diesem Innungsausschuß „die Vertretung der über die Aufgaben der einzelnen Innung hinausgehenden gewerblichen Interessen" obliegen sollte, suchte der Abg. Dr. Baumbach das höchst Bedenkliche dieser Vorlage dadurch zu beseitigen, daß er statt dessen die Fassung vorschlug: „die Vertretung der gemeinsamen gewerblichen Interessen der betheiligten Innungen". Dies Amendement wurde mit 12 gegen 5 Stimmen, und demnächst der Regierungsentwurf selbst mit eben diesem Amendement angenommen. Damit wäre, da man den Innungsausschuß acceptirt hatte, eigentlich auch die Handwerkerkammer des Herrn v. Kleist beseitigt gewesen. Aber Herr Moufang meinte, man könne ja die Handwerkerkammer noch mit dazu nehmen; und so geschah's: die Handwerkerkammer wurde auch noch angenommen. Nun fiel den Herren von der Majorität aber doch ein, daß dies des Guten etwas zu viel sei, und darum ward alsbald eine zweite Lesung in Aussicht genommen, in welcher man sich aus dieser Verlegenheit des Ueberflusses wieder heraushelfen könne.

Es wird berichtet, daß erhebliche Differenzen zwischen dem Arbeitsminister Maybach und dem Finanzminister Bitter wegen der weiteren Entwickelung des Eisenbahnwesens bestehen sollen. Diese Differenzen scheinen sich — wie uns berichtet wird — auf die Kündigung von Actien der verstaatlichten Privatbahnen behufs Herabsetzung des Zinsfußes zu beziehen.

Der „Reichsbote", eins der Hauptorgane der Conservativen verbreitet sich in einer der letzten Nummern sehr deutlich über die Bestrebungen und Ziele der conservativen Partei. Dabei kommt er zu folgenden Sätzen:

„Wenn die (conservative) Partei den Christlich-Socialen, den conservativ-socialreformatorischen und den antisemitischen Richtungen erklären wollte; wir haben nichts mit euch zu schaffen, wir wollen euch nicht in unserer Partei, — wo bliebe denn schließlich diese Partei? Mehr oder weniger tragen alle Conservativen das Gepräge der einen oder der anderen dieser verschiedenen Richtungen; solcher Conservativen, die gar keiner dieser Richtungen angehören und blos allgemeine nach alten Maßstäben gemessene conservative Normalmenschen wären, giebt es wohl nur sehr wenige. Wenn man z. B. hier (in Berlin) die Christlich-Socialen, die Antisemiten und die Socialreformer von der conservativen Partei ausschließen würde — so würde Niemand übrig bleiben, als ein Paar Gouvernementale, die nicht Fisch und nicht Fleisch sind."

Deutlicher kann man nicht sein. Wir haben freilich niemals daran gezweifelt, daß nicht viel von den Conservativen übrig bleiben würde, wenn man diese Richtungen von den Conservativen ausschließen wollte!

Das „Mémorial diplomatique" meldet, daß mehrere Regierungen zögern, dem russischen Vorschlage einer Conferenz zuzustimmen. Eine definitive Ablehnung ist aber noch von keiner Seite erfolgt. Jedenfalls, meint das genannte Blatt, sind alle Regierungen geneigt, wo es nöthig erscheint, die Auslieferungsverträge durch Bestimmungen über Complote gegen Staatsoberhäupter zu vervollständigen. — Die „Agence Russe" bezeichnet die Behauptung des Journals „Italie", daß das russische Cabinet die Wirksamkeit der angeregten Conferenz auf die revolutionäre Propaganda überhaupt auszudehnen suche, als jeder Begründung entbehrend, die russische Regierung sei nicht über das Gebiet der Attentate hinausgegangen, welche von der Gesetzgebung aller Länder als Verbrechen bezeichnet würden.

In der italienischen Deputirtenkammer ist denn nach dreitägiger Verhandlung eine dem augenblicklichen Fortbestande des Ministeriums Cairoli günstige Abstimmung zu Stande gekommen, aber nur dadurch, daß 146 Deputirte sich der Abstimmung enthielten und von den übrigbleibenden 62 für, 1 gegen das Ministerium votirten. Das bedeutet also die Fortdauer der Ministerkrisis.

Der Bey von Tunis hat ein Schreiben an den französischen Consul Roustan gerichtet, worin er erklärt, daß trotz des Einmarsches von französischen Truppen in sein Gebiet die hohe Achtung keine Aenderung erfahren werde, die er für die französische Regierung empfinde.

Nach den aus Konstantinopel vorliegenden Nachrichten würde die Pforte in ihrer unmittelbar zu erwartenden Antwort auf die letzte Note der Botschafter Anzeige machen von der Ernennung der türkischen Commissare, welche in Gemeinschaft mit den Botschaftern den Text der Convention feststellen würden für die Modalitäten der Uebergabe des Griechenland zugesprochenen Gebietes. Wie es heißt, würde diese Uebergabe derart erfolgen, daß das von der Türkei abzutretende Gebiet in drei Zonen getheilt würde, welche den griechischen Truppen in durch die Convention im Voraus bestimmten Terminen zu übergeben wären. Seitens der Pforte würde noch verlangt werden, daß das von den griechischen Truppen in den von ihnen zu occupirenden Plätzen vorgefundene Kriegsmaterial der Türkei zurückerstattet würde.

Reichstag.

37. Sitzung vom 30. April.

Die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Besteuerung der Dienstwohnungen der Reichsbeamten wird fortgesetzt.

Abg. v. Forckenbeck: Ich hatte nicht die Absicht, in dieser zweiten Berathung des sogenannten Miethssteuergesetzes das Wort zu ergreifen; die ganze Sache und die Discussion darüber ist so peinlich, daß sie sicher nicht zur Verherrlichung unseres deutschen Vaterlandes beiträgt (Sehr richtig! links) und dieses Gefühl war bei mir entschieden mächtiger als die Erregung über die harten Angriffe gegen meine Person und Verwaltung. Sie nöthigen mich aber unbedingt zur Abwehr, damit mein Schweigen nicht schädliche Mißdeutungen erfahre. Nach Hrn. v. Mirbach hat sich in meiner Stellung, meinen politischen Ueberzeugungen eine Wandlung vollzogen und deshalb hat die Stellung seiner Presse gegenüber meiner Person eine andere werden müssen. Eine solche Wandlung hat nicht stattgefunden, ich war immer ein entschiedener Anhänger der wirthschaftlichen Politik, die von 1808—1878 in Preußen und im Reich verfolgt wurde und nach meiner Ansicht die einzige den Verhältnissen angemessene war, nicht ich habe mich gewandelt, die Stellung der Regierung und einzelner Parteien zu dieser Politik hat sich gewandelt und nur dadurch ist meine Stellung eine andere geworden. Herr v. Mirbach hat den Trinkspruch im zoologischen Garten erwähnt. Das ist vielfach entstellt worden, und ich berichtige grundsätzlich niemals etwas durch die Presse. Aber Zeugen in diesem Hause können mir bestätigen, daß ich nicht von einem Gegensatz zwischen Stadt und Land gesprochen, sondern gegenüber dem drohenden Rückschritt in wirthschaftlicher und politischer Beziehung die Vereinigung aller liberalen Elemente des Bürgerthums zur Abwehr des Rückschritts in Stadt und Land ausdrücklich verlangt habe. (Sehr wahr!) Dies sei ein- für allemal gesagt. Ein zweiter Angriff berührt nicht meine politische Stellung, sondern den Oberbürgermeister von Berlin. Der Angriff rührt von dem Reichskanzler her, und ich muß bedauern, daß er bei einer so entsetzlich minimalen Angelegenheit wegen gestern wieder erhoben worden ist. (Der Redner verliest die Stelle aus der Rede des Reichskanzlers, die von der irrthümlichen Aufnahme des Pferdebestandes in seinem Palais handelt und mit den Worten schließt: „es ist das zwar nur eine Kleinigkeit, es zeigt dies aber doch, wie richtig meine Meinung ist, daß der Herr Oberbürgermeister nicht Alles übersehen kann. Ich halte denselben nicht für so einflußreich in der Stadt Berlin, daß man ihn dafür verantwortlich machen könnte; ich glaube, daß auch er gegen den bestehenden Ring in keiner Weise aufkommen kann.") Zuvörderst die Erklärung dieser Minimalsache: die Entschädigung für die auf polizeiliche Anordnung wegen des Verdachtes von Rotz, resp. Lungenseuche getödteten Pferde und Rindvieh wird aus der Stadthauptkasse bezahlt, aber von den Pferde- und Rindviehbesitzern wieder eingezogen. Nach § 11 des betreffenden Reglements soll ein Verzeichniß des abgabepflichtigen Thierbestandes mit den Namen der Besitzer aufgenommen werden. Entscheidend ist der gewöhnliche Standort der Thiere ohne Rücksicht auf den Wohnort des Besitzers. Vor Erhebung der Abgabe müssen die Verzeichnisse für etwaige Berichtigungen beim Magistrat angebracht werden. Auf Grund dieser statutarischen Bestimmung ist auch von dem Reichskanzler das Verzeichniß der in seinem Besitz befindlichen Pferde verlangt worden, und es war in der Aufforderung an den Eigenthümer oder dessen Stellvertreter der 1. November des Jahres als geltender Aufnahmetermin bezeichnet. Von dem Stellvertreter des Kanzlers, seinem Castellan, ist diese Nachweisung ausgefüllt: „Fürst Otto Bismarck, Pferde-Stückzahl 10." Gegen die 14 Tage lang ausgelegte Liste ist keine Reclamation erhoben und auf Grund derselben von dem Fürsten Bismarck ein Betrag von drei Mk. zehn Pf. erhoben worden. Erst im März 1880 kam eine Reclamation desselben, die aber mit einer anderen gleichzeitigen Reclamation zurückgewiesen werden mußte, weil die Zeit zur Erhebung des Einspruchs gegen die Liste versäumt war. Das ist die minimale Angelegenheit. In einer Verwaltung, die täglich ungefähr 2000 Briefe allein in die Stadt ergehen läßt, wo die Armendirection monatlich etwa 45 000 Eingänge zu bearbeiten hat, kann ich natürlich nicht Alles kennen. Aber diese Angelegenheit habe ich gekannt, weil nach Usance und Vorschrift alle etwas hervorragenden Angelegenheiten mit dem Oberbürgermeister besprochen werden müssen. Die Verfügung an den Fürsten habe ich sehr wohl gekannt und gezeichnet. Bei dieser Gelegenheit spricht jetzt Fürst Bismarck vom Fortschrittsring und behauptet, daß der Oberbürgermeister mit diesem Ring zu rechnen habe, und ihm gegenüber ohnmächtig sei. Ich spreche es hier öffentlich aus, ich kenne keinen Fortschrittsring in Berlin, ein solcher existirt nicht, ein solcher beeinflußt mich nicht, den Magistrat nicht, und der Bürgermeister hat nicht mit einer Clique von wenigen Personen, sondern mit zwei Collegien, dem Magistrat, bestehend aus 34 selbstständigen und frei entscheidenden Mitgliedern, und mit der Stadtverordnetenversammlung, die aus 126 Mitgliedern besteht und ebenso selbstständig erscheint, zu rechnen, wenn er die Verwaltung förderlich, prosperirend und scharf in Gang erhalten will. Ein Fortschrittsring existirt nicht. Wohl ist es natürlich, daß in einer Bevölkerung, wie die Berliner, die überwiegend — die Wahlen documentiren das — der liberalen, der Fortschrittspartei angehören, die Mehrheit der Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, sei es der Fortschritts-, sei es der liberalen Partei angehören und an diesem Verhältniß hat sich auch nichts geändert, als im vorigen Jahre über die Hälfte der Stadtverordneten neu gewählt wurde. Aber wo existirt irgend ein Zeichen des Ringes in diesen Versammlungen? Wenn ein solcher existirte, so wäre es doch natürlich, daß die Führer der Fortschrittspartei hier im Hause als Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung in derselben einen besonderen Einfluß in communalen Dingen ausüben. Der Abg. Richter war lange Jahre hindurch Stadtverordneter, aber sein Einfluß gegenüber den selbstständigen Mitgliedern der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, welche die communalen naheliegenden Dinge sehr genau kennen und mit selbstständiger Kritik entscheiden, war dort viel geringer als sein politischer Einfluß, den er in diesem Hause und im Lande ausübt; wäre er an seinem Platze, er würde mir das bestätigen. Auch der Abg. Virchow ist Stadtverordneter, aber wohl kein Mitglied der verschiedenen Vereinigungen, die zusammen vielleicht die Majorität bilden, steht vereinzelter da. Vereinigungen bestehen natürlich in einer Versammlung von 126 Mitgliedern bei der Wichtigkeit der Sachen, die sie zu entscheiden haben und bei einer freien Geschäftsordnung, die sofort Berathungen im Plenum verlangt und Vorberathungen im engeren Kreise zuläßt. Bei diesen Vereinigungen sind nicht politische Rücksichten maßgebend, sondern sie sind gebildet nach der Lebhaftigkeit des Temperaments oder nach der Auffassung der wirthschaftlichen Bedeutung der zur Entscheidung gelangenden Dinge. Die Bildung eines Ringes ist auch der ganzen Natur der Verwaltung nach eine pure Unmöglichkeit. Ich habe in der communalen Verwaltung von der Pike auf gedient, ich war jahrelang Mitglied einer Stadtverordnetenversammlung in einer Stadt, die 2—3000 Einwohner, keine Straßenbeleuchtung und keine Chausseeverbindung hatte, dann Jahre lang Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in einer mittleren Stadt, dann Oberbürgermeister der zweiten Hauptstadt und bin seit einigen Jahren Oberbürgermeister von Berlin. Ich kenne also die Natur der städtischen Verwaltung viel mehr als Sie auf der rechten Seite, und ich weiß, ich habe keine Verwaltung gefunden, in welcher von Alters her gewonnene Grundsätze so eisern und so ohne alle Rücksicht festgehalten würden als die Berliner. (Hört!) Das ist die Folge der Zustände der größten centralisirten Lokalverwaltung, die es auf dem Continent vielleicht giebt. Es entwickelt sich vor ihr eine so unendliche Masse von einzelnen Erscheinungen und Specialitäten, daß bei jeder Abweichung von einem Grundsatze, der einmal gewonnen ist, die Sorge erweckt wird, welche Consequenzen das haben wird. Darum das Handeln nach festen Grundsätzen und in Folge dessen vielleicht eine gewisse Rücksichtslosigkeit der Verwaltung, die aber gegenüber der großen Masse der Einzelnen unbedingte Nothwendigkeit ist. In einer solchen Verwaltung kann kein Ring existiren. Ich für meine Person sage ganz offen, ich wäre glücklich, wenn ich mit wenig Personen die Angelegenheiten berathen könnte, aber bei jeder Sache, in der die Initiative ergriffen werden muß, stehe ich einem unbekannten Ende gegenüber und muß mir vorhalten, wie diese großen selbstständigen Körperschaften schließlich entscheiden werden, wenn überhaupt ein Heil und ein Fortgang in der Verwaltung stattfinden sollen. Ich bedaure wirklich, daß ich Sie mit diesen Dingen längere Zeit habe unterhalten müssen und wende mich jetzt mit einigen kurzen Worten zum Gesetze selbst. Bei Gelegenheiten der Berathung desselben sind harte Angriffe gegen die Berliner Communalverwaltung und namentlich gegen die finanzielle Verwaltung erhoben worden und zwar deshalb, weil sie die Miethssteuer erhalten und keine Anstrengungen gemacht habe, dieselbe zu beseitigen. Ja, nach meiner innigen Ueberzeugung trifft diese Kritik und alle ihre harten Ausdrücke, die ich in keiner Weise für gerechtfertigt halte, wenn sie wahr wäre, viel weniger die Berliner Communalverwaltung als die Staatsregierung vom Jahre 1815 ab bis in die neueste Zeit, auf deren Verfügungen und Anordnungen diese finanzielle Gestaltung Berlins beruht und die sie in jeder Beziehung durch ihre Initiative hervorgerufen hat. Die Miethssteuer ist eingeführt durch eine königliche Verordnung von 1815, gegengezeichnet vom damaligen Staatskanzler v. Hardenberg. Ich habe die Acten des Magistrats über die Entstehung dieser Verordnung studirt und ich kann versichern, daß der Einfluß, den die damals erst sich bildende Communalverwaltung auf diese Verordnung ausgeübt hat, ein außerordentlich geringer war. Zur Miethssteuer, die damals mit 8 pCt., zur Haussteuer, die damals mit 4 pCt. in der Verordnung eingeführt wird, traten dann durch Gesetz von 1820 Zuschläge zu der Mahl- und Schlachtsteuer und Antheile an der Mahlsteuer und abgesehen von der gegenwärtig noch erhobenen, ganz unbedeutenden Brau- und Malzsteuer hat bis 1869 diese durch die Initiative des Staates hervorgerufene Finanzverwaltung bestanden. Sie werden mir zugeben, daß diese Art und Weise, die Bedürfnisse der Communalverwaltung zu beschaffen, Miethssteuer, Mahl- und Schlachtsteuer u. A. vorzugsweise die ärmeren und mittleren Klassen der Bevölkerung traf, und daß die wohlhabenderen Klassen der Bevölkerung zu den Communalbedürfnissen außerordentlich wenig herangezogen wurden. Der erste Anstoß zur Aenderung dieser Steuerverfassung geht wiederum von der Staatsregierung aus und die Initiative derselben zieht sich wie ein rother Faden durch alle unsere Acten durch. Der erste Angriff gegen die Mahl- und Schlachtsteuer wurde bereits 1847 im vereinigten Landtag erhoben, indem dort durch eine Vorlage die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer und die Einführung der Klassen- resp. Einkommensteuer von der Staatsregierung verlangt wurde. Allerdings wurde in den großen Städten über 30 000 Einwohner im § 11 und 12 der Vorlage freigelassen, den Octroi beizubehalten; die Vorlage der Regierung bestimmt aber ausdrücklich, daß bei diesem Octroi die ärmeren Volksklassen möglichst geschont werden sollten. In allen unsern Verhandlungen über die Erweiterung des Weichbildes, über die Beseitigung der Stadtmauern liegt eine Initiative der Staatsregierung vor. Ihr könnt das ja sehr leicht machen, äußerte sich wiederholt der Finanzminister v. Patow den städtischen Behörden gegenüber, wenn ihr die Mahl- und Schlachtsteuer in Berlin aufhebt und zur Klassensteuer übergeht. Ist es da zu verwundern, wenn im Einklang mit der Auffassung der ganzen Bevölkerung zunächst 1869 durch die meiner Ansicht nach außerordentlich wohlthätige Maßregel der Berliner Communalverwaltung die Einkommensteuer eingeführt wird als Ergänzungssteuer gegenüber der nicht variablen Miethssteuer, und daß, nachdem der Staat durch das auch vom Fürsten Bismarck gegengezeichnete Gesetz von 1875 die Freiheit giebt, die Mahl- und Schlachtsteuer beseitigt wird? Die Miethssteuer mag ja ihre Schwächen haben, aber als Objectssteuer, die sich auf dasjenige Object basirt, für dessen Verbesserungen die hauptsächlichsten Leistungen der Communalbehörden eingreifen, eine Steuer auf Wohnungen, zu deren Verbesserungen die Communalbehörden behufs der Ermöglichung des Zusammenlebens einer Bevölkerung von 1 100 000 Einwohnern fortwährend Aufwendungen macht, ist an und für sich eine richtige Steuer und viel besser als ein Octroi — und dazu hätten wir doch nur die Wahl — welche dasselbe wie die Miethssteuer bringen soll. (Sehr richtig! links.) Man sagt, die Miethssteuer treffe den kleinen Mann unverhältnißmäßig. Ich habe

selbst gegen einzelne Bestimmungen der Miethssteuer meine Bedenken, aber ich folge in dieser Beziehung dem Grundsatz, daß ich eine bestehende Steuer nicht eher angreife, als bis ich die Mittel und Wege zur Beseitigung der Mängel, die ich angreifen will, vor mir habe, und einer so kritischen Bevölkerung, wie der Berliner gegenüber muß man diesen Grundsatz am allermeisten festhalten. (Sehr richtig! links.) Aber dieselbe hat doch einen Vorzug als die alleinige Communalsteuer, welche wir beim Zuschlag bei der Staatssteuer nicht haben. Die Verwaltung derselben ruht lediglich in den Händen der Commune und kann durch ihre Verwaltungsgrundsätze geregelt werden und aus letzteren wird man am allerbesten entnehmen, ob die Commune hart gegen den kleinen Mann ist oder auf Grund der bestehenden Gesetze billig verfährt. Es existirt in Bezug auf die Miethssteuer hier in Berlin ein Communalbeschluß, vermöge dessen die Miethssteuercommission ermächtigt ist, nach vorher eingeholtem Gutachten des Bezirksvorstehers nach Verhältniß der Bedürftigkeit die Miethssteuer durch ihren einfachen Beschluß zu erlassen oder zu vermindern. (Hört, hört! links) Jetzt will ich Ihnen einmal vorführen, wie in dieser Beziehung die Berliner Commune gehandelt hat. Im ersten Quartal 1881 wurden ganz von der Miethssteuer befreit wegen Bedürftigkeit nach vorher eingeholtem Gutachten der Bezirksvorsteher 4949 Personen (Hört! hört! links) bei einem Gesammtmiethswerth ihrer Wohnungen von 835 976 Mk und theilweise befreit 2924 Personen bei einem Gesammtmiethswerth von 382,583 Mk. Gesetzlich miethssteuerfrei sind nach den Reglements außerdem die Almosen- und Pflegegeld-Empfänger, das sind in demselben Quartal 8911 Personen gewesen. Vergleichen Sie diese Zahl von ungefähr 17 000 Miethswohnungen, die in Berlin von der Miethssteuer wegen Bedürftigkeit des kleinen Mannes befreit sind, mit der ganzen Ziffer unserer Miethssteuercensiten von 225 000, so werden Sie entnehmen, daß ungefähr 5 bis 6 pCt. sämmtlicher Wohnungen wegen Armuth des kleinen Mannes von der Miethssteuer vollständig befreit sind. (Zuruf links: 8 pCt.!) Ja, m. H. ich habe im Augenblick nicht so genau gerechnet; sollen wir jetzt diese Miethssteuer, welche uns im Augenblicke 9 500 000 M. bringt, welche bei steigender Bevölkerung — denn die Art und Weise, wie die Bevölkerung steigt und dem Wohnungsbedürfniß entspricht, bewegt sich hier in Berlin in ganz regelmäßigen Curven — aufgeben zu Gunsten eines Octrois, welches sich nicht lediglich auf Fleisch beschränken könnte, sondern auf viele Gegenstände der örtlichen Consumtion ausgedehnt werden müßte? Es fragt sich, wie kommen wir mit der Gesetzgebung aus, mit der speziellen preußischen Gesetzgebung des Jahres 1875, dann aber auch weiter und in verdoppelter Stärke nach Einführung des so vielfach nothwendige Lebensmittel an der Grenze besteuernden Tarifs (Hört! hört! links) mit den Zollvereinsverträgen und mit dem Zollvereinstarif? Ich halte es für unmöglich, wenn nothwendige Lebensbedürfnisse an der Grenze schon hoch besteuert sind, nochmals in der Hauptstadt, deren Bevölkerung hart arbeiten muß, um zu existiren, einen Zoll von denselben zu erheben. (Zustimmung links.) Aber noch mehr: das Weichbild von Berlin hat eine Länge von 44,7 Kilom. Sehen Sie sich die Stadt an, die sich wie ein Spinngewebe mit langen Fühlfäden frei nach allen Seiten hin ausdehnt, und fragen Sie sich, ob irgend eine wirksame Bewachung dieser in jeder Beziehung offenen, vielfach eingeschweiften Grenze zur Erhaltung eines Octrois nur möglich wäre. (Sehr richtig! links.) Dieses Octroi, welches dann neben der Einkommensteuer statt der Miethssteuer existire, würde in unendlich viel größerem Maße die ärmere Bevölkerung drücken, als wie die Miethssteuer sie drückt. (Zustimmung links, Widerspruch rechts.) Ich bleibe dabei, daß diese Miethssteuer eine nothwendige Grundlage für das Finanzsystem Berlins ist und daß wir sie hier nicht entbehren können, wenn wir sie auch vielleicht in einzelnen Härten mildern können. Ich spreche aber absichtlich nicht von diesen Härten, weil ich so lange, wie die Steuer besteht, und so lange ich sie nicht abändern kann, es für unrecht halte, in dieser Beziehung gegen die Steuer von meinem Standpunkte aus zu agitiren. (Sehr richtig!) Es fragt sich jetzt, soll von dieser Miethssteuer wieder eine Ausnahme zu Gunsten der Beamten gemacht werden? Es ist Ihnen schon gestern mit Recht nachgewiesen worden, daß der minimale Geldbetrag für die Stadt Berlin ein sehr geringfügiger ist. Die Reibungen und Unannehmlichkeiten, welche aus der höheren Besteuerung des Reichskanzlers für die Stadtverwaltung hervorgegangen sind, haben wir von Anfang an vorausgesehen, aber obwohl wir nicht die Leute sind, die zu den unzähligen Schwierigkeiten sich noch unnöthige Reibungen auf den Kopf laden, haben wir doch nach scharfer Prüfung der Gesetze uns überzeugt, daß wir dem Reichskanzler gegenüber nicht eine Ausnahme von den bestehenden Reglements machen könnten, daß wir dieselben vielmehr ihm wie jedem anderen Bürger gegenüber mit eiserner Strenge aufrecht erhalten müßten, weil das Bedürfniß der Verwaltung es so verlangte. (Beifall links.) An sich hat die Stadt so wenig ein materielles Interesse an dem vorliegenden Gesetz, daß der Magistrat beschlossen hatte, dem Reichstage vollkommen zu überlassen, dasselbe anzunehmen oder nicht, und nur die unverdienten Angriffe, die bei der ersten Berathung der Vorlage gegen uns geschleudert worden sind, haben nachträglich der Sache eine größere prinzipielle Wichtigkeit gegeben und uns genöthigt, zum Schutze der Verwaltung eine Petition einzureichen. Wenn man aber ein Gesetz machen will um eines so kleinen Gegenstandes willen, so sollte man doch das Gesetz wenigstens ordentlich machen. Nun heißt es in der Commissionsvorlage, es sollen als Miethswerth der Dienstwohnung 15 pCt. des Diensteinkommens angenommen werden. Nach dem preußischen Einkommensteuergesetz müßte zu dem Diensteinkommen aber ganz unzweifelhaft auch der Werth der Dienstwohnungen, welcher von dem bösen Servisverordneten nach wie vor einzuschätzen wäre, hinzugerechnet werden. Wenn nun auch ein preußisches Gesetz für die Definirung eines Begriffs in einem Reichsgesetz nicht unbedingt maßgebend sein kann, so behaupte ich doch, daß der Sprachgebrauch des Reichsbeamtengesetzes jenem preußischen Gesetz vollkommen entspricht. Ich verweise in dieser Beziehung ausdrücklich auf die Formulirung des § 42 des Reichsgesetzes. Sie nehmen hier also, um der Stadt Berlin 250 M. zu entziehen, ein Gesetz an, welches an den bestehenden Zuständen gar nichts ändert und den bösen Servisverordneten die Abschätzung der Wohnungen wie bisher überläßt; ich frage Sie, ist das ein Gesetz, würdig der Initiative und Annahme des deutschen Reichstages? (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Reichensperger (Crefeld): Die Frage, um die es sich hier handelt, hat nur eine minimale Bedeutung. Die Miethssteuer ist jedoch ein wahres Brutnest von Querelen. Es fehlte bisher an der richtigen Grundlage für die Erhebung der Miethssteuer und diese Grundlage giebt nun die Vorlage. Die Vorlage soll ein Gesetz ad hoc sein. Dieser Grund sollte für die Herren von der Linken nicht durchschlagend sein. Haben Sie doch vor Jahren dem Jesuitengesetz zugestimmt, obgleich die Jesuiten nicht vorher gehört waren, obgleich nichts vorlag, um irgend etwas ihnen mit Fug nachweisen zu können, und das war doch wahrlich ein Gesetz ad hoc, wie es jemals eingebracht war. Der Abg. Richter meinte, das Volk werde aus dem Schicksale dieses Gesetzentwurfs erkennen, ob der gegenwärtige Reichstag gesinnt sei, der Entwickelung des dictatorischen Regiments ein Ende zu machen. Ich bin überzeugt, das Volk wird fühlen, daß es sich hier um eine ganz unbedeutende Sache handelt, daß aber das Gesetz geeignet ist, Mißhelligkeiten und Uebelständen ein Ende zu machen.

Abg. Löwe (Berlin): Seit der ersten Lesung dieser Vorlage ist in Berlin eine lebhafte Agitation gegen die Stadtverwaltung in Scene gesetzt worden von Elementen, die als unlauter und wenig ehrenwerth bekannt sind, die sich aber meist auf die Ausführungen, die der Fürst Bismarck in der ersten Berathung hier gemacht hat, stützen; wenn wir deshalb jenen Ausführungen entgegentreten, so geschieht es um einer weiteren Verwirrung und Zerrüttung des öffentlichen Lebens in Berlin vorzubeugen. In allen Fällen, wo die Miethssteuer zu Härten geführt, ist Rücksicht genommen worden. In dem Falle, welcher den Reichskanzler persönlich betraf, war eine solche Härte im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers nicht nachzuweisen, und es wäre deshalb gewissenlos gewesen, von der stricten Ausführung der gesetzlichen Vorschriften abzuweichen, um etwaigen Angriffen des Reichskanzlers zu entgehen. Ueber ungerechte Behandlung Seitens der Stadt, welche ihm durch Uebertragung des Ehrenbürgerrechts die höchste Ehre erwiesen hat, welche ein Gemeinwesen verleihen kann, darf sich Fürst Bismarck wahrlich nicht beschweren. Hätte Fürst Bismarck selbst den einschätzenden Beamten diejenige Aufklärung über die Benutzung der Wohnräume gegeben, welche er hier gegeben hat, so würde das Resultat der Einschätzung möglicher Weise ein anderes gewesen sein; auf Grund der Mittheilungen, welche ihnen der Castellan gemacht hat, konnten sie jedoch nicht anders verfahren, als sie gethan haben. Der Reichskanzler hat gestern darüber gespottet, daß sie ihre Berechnung auf die Angaben dieses Castellans gestützt hätten, die Einschätzungs-Commission hatte jedoch auf ihre Anfrage, an wen sie sich um Auskunft über die Wohnräume des Reichskanzlers wenden solle, aus der Reichskanzlei ein Schreiben erhalten, in welchem sie ausdrücklich auf den armen Kastellan Krüger verwiesen wurde. (Hört! Ruf: Er ist todt!) Das ist sein Glück! (Heiterkeit.) Es ist gestern wieder in die Debatte ein neues Agitationsschlagwort hineingeworfen worden: Man hat gesagt, die Beamten würden von der Stadtverwaltung als unnütze Brodesser betrachtet und als Stadtheloten behandelt. Diese Behauptung ist völlig unhaltbar. Die Stadtverwaltung conservativ im besten Sinne des Wortes, respectirt die Rechte jedes ihrer Bürger. Sie ist sich vollkommen bewußt, daß jeder Thaler, den die Commune den Beamten nimmt, auf anderm Wege wieder von den Steuerzahlern aufgebracht werden muß; sie weiß, daß sie in den Staats- und Reichsbeamten ein vorzügliches, intelligentes und ehrenwerthes Material besitzt und nimmt bei allen ihren Einrichtungen und Anlagen auf die Interessen derselben die möglichste Rücksicht. Wie wenig sie daran denkt die Beamten materiell zu schädigen, beweist die Thatsache, daß sie an die Stelle der Mahl- und Schlachtsteuer, die die Beamten mit voller Härte traf, eine Einkommensteuer gesetzt hat, zu welcher die Beamten nur mit der Hälfte ihres Einkommens herangezogen werden. Jener Vorwurf erscheint deshalb völlig unbegründet und die Vorlage um so weniger gerechtfertigt, als sie nur ein weiterer Schritt des Fürsten Bismarck ist in dem Bestreben, sich von den allgemeinen Gesetzen unabhängig und souverän zu machen. Gerade die conservative Seite sollte einem solchen Bestreben nicht ihre Unterstützung leihen. Der Abg. Richter hat gestern schon nachgewiesen, daß die in den Motiven aufgeführten Dienstwohnungen zum großen Theil eigentlich gar keine Dienstwohnungen sind, und der Versuch des Regierungscommissars, diesen Beweis zu entkräften, ist vollständig mißlungen. Kann sich der Reichstag gefallen lassen, daß man ihm (als) Unterlage seiner Berathungen solch unzutreffendes Material vorlegt? Die Angabe, daß wir die Miethssteuer als besonders zweckmäßig anerkannt hätten, ist gleichfalls unbegründet. Nur innerhalb gewisser Grenzen haben wir sie als rationell anerkannt, obwohl wir wissen, daß sie große Härten hat, deren Beseitigung wir seit langer Zeit erstreben. Den Lebensmittelsteuern gegenüber ist die Miethssteuer jedenfalls die relativ bessere und wenn Hr. v. Mirbach dies bestreitet, indem er behauptet, die Mahl- und Schlachtsteuer belaste den Consumenten nicht, so wird er mit dieser Ansicht selbst unter seinen eigenen Parteifreunden ziemlich allein dastehen. Die Thatsache, daß die städtische Finanzverwaltung nicht selbstständig bereits mit einer Steuerreform vorgegangen ist, erklärt sich sehr einfach aus dem Umstande, daß die Staatsbehörde seit langer Zeit mit einer generellen Steuerreform hervorzutreten beabsichtigt, und daß die Commune also unmöglich ihrerseits jetzt die Initiative auf diesem Gebiete ergreifen konnte. Wenn der Reichskanzler im Hinblick auf die Berliner Stadtverwaltung die Behauptung ausgesprochen hat, daß diejenigen Leute, welche am besten Reden halten könnten, den größten Einfluß ausübten, obwohl gerade sie für die Verwaltung am wenigsten geeignet seien, so beweist er dadurch wieder, wie wenig er die thatsächlichen Verhältnisse kennt. Nirgends sind diejenigen, welche nur reden, von geringem Einfluß, und nirgends gelten diejenigen, die thatkräftig arbeiten, mehr, als gerade in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung. Der angebliche Terrorismus, den die Fortschrittspartei üben soll, ist eine Verdächtigung des Reichskanzlers, die völlig beweislos geblieben ist und auch dadurch nicht fester begründet werden kann, daß der Abg. v. Mirbach die schon früher vom „Deutschen Tageblatt" ausgesprochene Behauptung noch einmal wiederholt. Die Drohung, den Reichstag und die Reichsbehörden von Berlin zu verlegen, ist schwerlich ernst zu nehmen. Eben so wenig wie es möglich gewesen ist, Paris zu degradiren, wird Jemand der Stadt Berlin den Charakter als Reichshauptstadt zu nehmen im Stande sein, und wenn er so mächtig wie der Reichskanzler wäre. Der Klage, daß der Reichstag zu viele Berliner enthält, könnte die Reichsregierung durch Gewährung von Diäten bald ein Ende machen, andererseits aber möge der Fürst Bismarck doch auch nicht übersehen, daß diese Berliner nicht blos der liberalen, sondern auch der conservativen Seite angehören, und daß er gewiß nicht wünschen kann, den Reichstag von Berlin zu verlegen, wenn er dadurch Gefahr liefe, zugleich auch die Unterstützung von Männern, wie die Abgg. v. Puttkamer, v. Goßler, v. Moltke u. A. zu verlieren. Daß das Centrum der Regierung auch bei dieser Gelegenheit gegen die Berliner Stadtverwaltung zur Seite steht, hat mich einigermaßen überrascht; es sollte sich doch erinnern, was diese Stadtverwaltung weit über ihre gesetzlichen Verpflichtungen hinaus gerade für die katholische Bevölkerung der Hauptstadt gethan hat. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorf möchte dem Verdachte besonderer oratorischer Beredtsamkeit entgehen, und wird sich deshalb sehr kurz fassen. Was den Gesetzentwurf betrifft, so bekenne ich offen, daß meine Freunde und ich bei seiner ersten Einbringung demselben mancherlei Bedenken entgegengetragen haben. Die Sache erschien uns zu kleinlich, um den ganzen Gesetzesapparat in Bewegung zu setzen. Aber die Sachlage hat sich geändert, die Frage ist eine politische geworden, und ich glaube, Niemand hat ein größeres Interesse an dem Zustandekommen des Gesetzes als gerade die Stadt Berlin, um einmal dieses Streitobject aus der Welt zu schaffen. Wenn wir demnach dem Gesetz zustimmen, so verwahre ich mich im Namen meiner Freunde dagegen, nun Alles und Jedes aus dem Plaidoyer des Reichskanzlers zu acceptiren. Der Magistrat sollte aber doch nicht so empfindlich sein, wie heftige Angriffe hat hier nicht die Fortschrittspartei gegen die Regierung gemacht, und Magistrat und Stadtverordnetenversammlung ist doch nicht heiliger und unverletzlicher als die Regierung des Kaisers. Wenn der Abg. Richter unter Anderem äußerte, der Kanzler zöge es vor, auf die Jagd zu gehen, anstatt hier zu sitzen, obwohl er doch wegen Krankheit nicht hier sein konnte, so mußte das, wenn er auch nicht die Absicht gehabt haben mag, den Reichskanzler zu kränken, doch den Eindruck hervorrufen, als ob derselbe sich bei seiner Politik von persönlichen Interessen leiten lasse. Die Fortschrittspartei hat ja auch die Parole „fort mit Bismarck" ausgegeben, sie hat sie zwar zurückgezogen, aber das Land wird darüber im Herbst genügend aufgeklärt werden, daß die Fortschrittspartei auch jetzt noch den Reichskanzler aus seiner Stellung verdrängen will. Ich halte die Miethssteuer für eine der miserabelsten Steuern die es giebt und glaube, daß durch ein Octroi, namentlich auf den Ausschank, den kleinen Leuten mehr geholfen würde, als durch die Miethssteuer. Am einfachsten wäre es, die Grenzzölle zu erhöhen, dann würden wir den Städten so viel an Grund- und Gebäudesteuer geben können, daß sie wenigstens einen Theil der Miethssteuer wegfallen lassen könnten. Der Abg. Löwe irrt, wenn er meint, der Reichstag hätte stets die Diäten befürwortet. Es freut mich aber, daß er die Sache zur Sprache gebracht hat, weil ich sehe, daß in der Fortschrittspartei ein Gewissen dafür zu erwachen scheint, wie unwürdig es wäre, wenn einzelne Abgeordnete sich von ihrer eigenen Partei Diäten zahlen lassen. Denn dies würden in der That doch Abgeordnete zweiter Klasse werden und auch als solche hier im Hause angesehen werden. Wenn der Abg. Löwe ferner gemeint hat, es wäre eine Degradation für den Reichstag, ihn von Berlin wegzunehmen, so kann ich diesen Gesichtspunkt auch nicht theilen Ich könnte aber den Gesichtspunkt gelten lassen, daß er eine Degradation für Berlin wäre. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Daß es sich hier um eine politische Frage handelt, kann ich schlechterdings nicht zugeben. Ohne irgendwie der Verwaltung Berlins zu nahe zutreten, ohne anzunehmen, daß bei der Veranlagung zur Miethssteuer nicht mit voller Ueberzeugung und Unparteilichkeit verfahren werde, ohne irgend ein Urtheil über die Zweckmäßigkeit der Miethssteuer heute abzugeben, erkläre ich mich für den Antrag, wie ihn die Regierung gestellt hat, unter der von der Commission beschlossenen Modification, die ich gern dahin erweitern würde, daß man den Miethswerth der Dienstwohnungen nicht höher als mit 20 (statt 15) pCt. des Diensteinkommens bemißt. Im Interesse der Unabhängigkeit und der Reinheit des Verhältnisses ist eine derartige gesetzliche Regulirung nothwendig. Ich verwahre mich entschieden gegen alle anderen politischen Tendenzen, und wenn Hr. Richter in seinem Uebereifer geglaubt hat sagen zu müssen, daß alle, welche für die Vorlage stimmen, die Berechtigung eines dictatorischen Regiments anerkennen, so möchte ich den Herrn an alle die Acte erinnern, die er mit den übrigen liberalen Parteien begangen hat, aus denen recht eigentlich die Dictatur hervorgegangen ist. (Sehr richtig! im Centrum) Sie haben hier und anderswo auf kirchlichem Gebiete eine Dictatur geschaffen, die ganz anders ist als die, welche Sie bekämpfen. (Sehr wahr im Centrum.) Prüfen Sie sich also doch zunächst selbst und sehen Sie erst den Balken im eigenen Auge, ehe Sie bei Andern Splitter suchen. (Beifall im Centrum.) Von Politik ist also keine Rede und die Dictatur sehe ich nach dieser Richtung hin nirgends. (Beifall im Centrum)

Die Debatte wird geschlossen. Abg. Hasenclever constatirt, daß ihm, obwohl er sich gestern und heute frühzeitig zum Worte gemeldet, dasselbe wiederum abgeschnitten sei.

Vor der Abstimmung richtet Abg. Sonnemann an den Präsidenten die Frage, ob derselbe bereits eine Nachricht davon erhalten habe, daß der Abg. v. Schlieckmann (der heute im Hause anwesend ist) sein Mandat niedergelegt habe, wie die Zeitungen melden.

Präsident v. Goßler erwidert, daß er ein darauf bezügliches Schreiben nicht erhalten habe, er hätte es sonst unverzüglich zur Kenntniß des Hauses gebracht.

In namentlicher Abstimmung wird darauf § 1 mit 110 gegen 104 Stimmen angenommen. Gegen denselben stimmen geschlossen die Fortschrittspartei, die Secessionisten und die Nationalliberalen, folgende Mitglieder des Centrums: Graf v. Bernstorff, Bock, Graf v. Bissingen-Nippenburg, v. Bönninghausen, Dieden, Graf v. Grote, Horn, Kochann, Langwerth, v. Simmern, v. Ow (Landshut), Pfafferott, Menken, Rudolphi; außerdem die Abgg. Bühler (Oehringen), Dr. Delbrück, Beseler, Falk. Für die Vorlage haben gestimmt die Deutsch-Conservativen, die deutsche Reichspartei und der Rest des Centrums. Die polnischen und elsaß-lothringischen Mitglieder hatten während der Abstimmung den Saal verlassen.

Die Abstimmung über § 2, nach welchem die Repräsentationsgelder nicht auf das Gehalt angerechnet werden sollen, nöthigt zur Entscheidung durch Zählung, welche die Anwesenheit von 200 Abgeordneten ergiebt: § 2 wird mit 105 gegen 95 Stimmen angenommen und mit derselben Mehrheit § 3, nach welchem das Gesetz am 1. Juli 1881 in Kraft treten soll.

Es folgt die dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Oeffentlichkeit der Verhandlungen und die Geschäftssprache des Landesausschusses von Elsaß-Lothringen.

Abg. Goldenberg (elsässischer Autonomist) liest eine längere Rede vor, die auf der Journalistentribüne schwer verständlich ist. Er plädirt zunächst für die Beibehaltung der französischen Sprache im Landesausschuß. Nicht durch den Sprachzwang werde man die Elsaß-Lothringer zur Liebe zwingen, sondern nur durch eine gerechte Gesetzgebung und Verwaltung; je weniger man auf die liebgewordenen Gewohnheiten des Landes Rücksicht nehme, desto weniger werde man die Zuneigung desselben gewinnen Die Auswanderung aus den Reichslanden sei im Zunehmen begriffen. Man solle sich doch hüten, dem Lande neuen Grund zu Klagen zu geben, das seit der Annexion schon so viele Gründe dazu habe. Der Ackerbau sei zurückgegangen, die Industrie habe durch die Annexion gelitten. Durch das Verbot der französischen Versicherungsgesellschaften habe man den zahlreichen Beamten derselben, den Agenten und Unteragenten, die Existenz untergraben. Wovon sollten denn die Elsaß-Lothringer leben? Die höheren Beamtenstellen seien ihnen verschlossen, selbst als Weichensteller sollen sie nach dem Urtheil einer Zeitung nicht zugelassen werden. Man solle doch nicht alles Französische in Elsaß-Lothringen schlecht finden und abschaffen wollen; damit sei die Regierung auf einem falschen Wege. Ueber die Beamten, die aus allen Theilen des Reiches nach Elsaß-Lothringen gekommen seien, zum Theil von ihren früheren Chefs fortgelobt, beständen viele Klagen. Wer sich aber über einen Beamten beschwere, gegen den würde geradezu mit Terrorismus vorgegangen. Daher sei es nöthig, daß Mißbräuche betreffs der Beamten im Landesausschuß zur Sprache gebracht werden können und aus diesem Grunde dürfe man den Verhandlungen des Landesausschusses die Immunität nicht vorenthalten, deren sich alle parlamentarischen Körperschaften erfreuen. Dem Statthalter zolle man allgemein große Ehrerbietung, er führe sein Amt mit größter Ehrlichkeit und Ritterlichkeit, und die vorgeschlagene Maßregel stamme sicher nicht aus seiner Initiative, denn sie stehe im Gegensatz zu seiner bisherigen Politik. Was habe denn der Landesausschuß verschuldet? Sei die Opposition im preußischen Landtage nicht größer als in Straßburg? Ertrage irgend eine Bevölkerung die über sie verhängten Gesetze williger, als die Elsaß-Lothringer? Habe man den Kaiser bei seinen wiederholten Besuchen des Landes nicht stets mit aller Ehrerbietung empfangen? Wenn man der Bevölkerung vorwerfe, daß sie ihre frühere Lage unter Frankreich besser finde, so sei es Deutschlands Sache, die Lage des Landes zu verbessern, durch die Abschaffung der französischen Sprache erreiche man dies aber nicht. Das Mittel sei wirklich zu kleinlich für ein großes Reich. Daß die Geschäftssprache des Landes-Ausschusses die deutsche sei, bestreite Niemand, man bitte nur um eine Ausnahme im Interesse der nur französisch verstehenden Mitglieder, und man hoffe dabei auf die Gerechtigkeit des Reichstages.

Unterstaatssecretär v. Mayr: Der Vorredner hat wieder versucht, den Eindruck zu erwecken, als handle es sich um eine Vergewaltigung der gesammten Bevölkerung in Bezug auf die französische Sprache, während doch nur von der Geschäftssprache des Landesausschusses die Rede ist. Der Vorredner ist den Beweis schuldig geblieben, daß der Ackerbau seit der Annexion darniederliege. Vergessen hat er auch, daß die Weinbauer hoch erfreut sind über den hohen Preis, zu dem sie jetzt ihre Producte gegen früher absetzen. Die Auswanderung hat der Vorredner zwar erwähnt, von der zunehmenden Rückwanderung aber hat er geschwiegen, er hat der Maßregel des Statthalters und der günstigen Lösung der Optantenfrage nicht gedacht, durch welche die Rückwanderung erleichtert worden ist. Bei dem Verbot der ausländischen Versicherungsgesellschaften handelt es sich darum, einen ungeregelten Zustand durch gesetzliche Bestimmungen zu ordnen; es ist außerdem zu erwarten, daß an Stelle der früheren anderweite Organisationen treten werden, die dem Bedürfniß völlig genügen. Die Landes-Verwaltung bemüht sich fortgesetzt, den Landesangehörigen den Eintritt in die Beamtenlaufbahn zu erleichtern, und es haben in den letzten Monaten zahlreiche Dispensationen von einzelnen Formalitäten des Eintrittes stattgefunden. Auch die Behauptung ist falsch, daß die Verwaltung Alles auszurotten suche, was französischen Ursprungs sei; das Gute behalten wir bei; dient doch die französische Gesetzgebung als Basis der jetzigen Verwaltung. Auch ist mir nichts bekannt von einem Terrorismus, der gegen diejenigen ausgeübt würde, die sich über Beamte beschweren; wir bemühen uns vielmehr, jeden Conflict zwischen Beamten und den Einwohnern zu vermeiden. Der Statthalter ist von der Nothwendigkeit der vorgeschlagenen Maßregel ebenso überzeugt wie die Reichsregierung.

Abg. Windthorst: Sie werden mit der von der Regierung vorgeschlagenen Maßregel das Gegentheil von dem erreichen, was Sie beabsichtigen: Sie werden statt anzuziehen abstoßen, Sie werden von Neuem eine Kluft öffnen, welche zu schließen so glücklich begonnen ist. Ich vermag diese Vorlage nicht mit der vortrefflichen Leitung des Statthalters in Einklang zu bringen. Die Begründung ist sehr dürftig. Die Männer, welche geeignet sind, in den Landesausschuß zu gehen, müssen doch reiferen Alters sein und den gebildeten Ständen angehören. Daß solche Männer, besonders in Lothringen, sich überwiegend französisch auszudrücken gewohnt sind, kann nicht Wunder nehmen, und wer nicht besondere Sprachanlagen hat, kann sich unmöglich in so kurzer Frist aus der Gewohnheit, französisch zu reden, in die des Deutschredens hineinfinden. Meines Erachtens müßte allerdings die deutsche Sprache principiell als die Geschäftssprache des Landesausschusses festgesetzt werden; diejenigen aber, welche diese Sprache noch nicht verstehen, müßten berechtigt sein, französisch zu reden. Damit wäre dem öffentlichen Anstand so zu sagen völlig genügt. Ich bitte daher, den dieses Princip ausdrückenden Antrag Schorlemer anzunehmen. Das geringste Maß an Gerechtigkeit würde der Lasker'sche Antrag enthalten, von dem ich in der That nicht absehen kann, welche Gefahren er für die Nation bergen soll. Glauben Sie nicht, daß man ein Volk dadurch gewinnt, daß man ihm seine Sprache nimmt. Wir haben ja in unserem deutschen Vaterlande die Erfahrung gemacht, daß, indem man die polnische Sprache verfolgte, sie gerade recht lebendig wieder angefacht worden ist. Man kann ein Volk nicht durch Gewalt gewinnen, sondern nur dadurch, daß man es gerecht und billig regiert. Was hier verlangt wird, ist aber Unrecht und Unbilligkeit, und ich warne Sie deshalb davor. National sein heißt im Sinne des Deutschen: gerecht sein. Nehmen wir diese Vorlage an, so sind wir nicht gerecht und nicht national. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Abg. Fürst Hohenlohe (Langenburg) erklärt sich gegen den Schorlemer'schen Antrag. Mindestens müsse in demselben eine Endfrist aufgenommen werden, über die hinaus der Gebrauch der französischen Sprache nicht gestattet sein dürfe.

Damit schließt die Generaldiscussion. Die Regierungsvorlage bestimmt, daß lediglich die deutsche Sprache zugelassen sei; dagegen ist auch das Verlesen deutscher Reden gestattet, falls Jemand des Deutschen nicht ganz mächtig ist. v. Schorlemer-Alst beantragt: Den Mitgliedern des Landesausschusses, welche nach ihrer ausdrücklich abgegebenen Erklärung nicht der deutschen Sprache mächtig sind, wird der Gebrauch der französischen Sprache gestattet. Lasker will den Abgeordneten diese Vergünstigung nur für die Dauer ihres Mandats gewähren.

Abg. Lasker motivirt diesen Vorschlag damit, daß man ein wohl erworbenes Recht verletzen würde, wenn man den Leuten, die auf Grund der Voraussetzung, daß es ihnen gestattet sei, in französischer Sprache zu debattiren, das Mandat angenommen haben, jetzt die Ausübung desselben unmöglich machte, indem man lediglich den Gebrauch der deutschen Sprache zulasse. Bei seinem Vorschlage bleibe das Prinzip, daß lediglich deutsch gesprochen werden solle, für die Zukunft gewahrt. Wenn dieser Vorschlag nicht angenommen werden sollte, so müßte er beantragen, den Termin der Rechtskraft des Gesetzes bis zum 1. März 1884 hinauszuschieben.

Abg. Neßler: Das Französische sei durchaus nicht die Sprache des Volkes, sondern nur die Sprache der gebildeten Klassen, die auch deutsch sprechen können, wenn sie nur wollen. Man glaube in Elsaß auf Grund der in Frankreich geltenden Ansichten noch vielfach, Elsaß würde bald wieder französisch werden. In dieser Ansicht würde das Volk durch den fortwährenden Gebrauch des Französischen im Landesausschuß bestärkt, und dieser Unsicherheit des Volks in Bezug auf die Zukunft müsse die Regierung entgegentreten.

Abg. Windthorst erblickt in der Annahme des Gesetzes eine Vergewaltigung des Volkes, denn man hindere es lediglich der Sprache wegen, das höchste Recht, zu dessen Ausübung das Volk berufen sei, auszuüben.

Unterstaatssecretär v. Mayr erklärt sich gegen beide Abänderungsanträge. Der Antrag Schorlemer würde insofern noch einen schlimmeren Zustand schaffen als der jetzige sei, weil er ein gesetzliches Recht auf den Gebrauch der französischen Sprache construire, welches bisher noch nicht bestehe.

Das Haus lehnt darauf sämmtliche Anträge ab und genehmigt die §§ 1 und 2 der Regierungsvorlage.

Im § 8 ist der Termin des Inkrafttretens des Gesetzes auf den 1. März 1882 festgesetzt. In Folge seiner früheren Erklärung bringt jetzt Abg. Lasker den Antrag ein, diesen Termin bis auf den 1. März 1884 hinauszuschieben. Auch dieser Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt und darauf das Gesetz im Ganzen angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Deutschland.

△ Berlin, 1. Mai. Zu dem Gesetzentwurf betreffend die Erhebung von Reichsstempel-Abgaben hat der Abg. v. Wedell-Malchow der Commission folgende Anträge unterbreitet. Bezüglich der Schlußnoten zu setzen: „Vom Werthe des Gegenstandes des Geschäfts und zwar in Abstufungen für je 1000 Mk. oder einen Bruchtheil dieses Betrages. Der Werth des Gegenstandes wird durch den vereinbarten Preis, wenn der Betrag des letzteren aber aus dem Schriftstücke nicht hervorgeht, nach dem Börsencourse oder Marktpreise am Tage des Abschlusses bestimmt. Ist der Gegenstand des Geschäfts oder dessen Werth von der Wahl eines Betheiligten abhängig, oder sonst unbestimmt, so ist die Abgabe nach dem höchstmöglichen Gegenstande oder Werthe, und wenn auch dieser aus dem Schriftstücke nicht ersichtlich ist, stets nach einem Werthe von 5000 Mk. zu entrichten. Bei Geschäften über Wechsel, Actien, Staats- oder andere Werthpapiere mit bestimmtem Nennwerthe ist dieser als Werth des Gegenstandes zu behandeln. Ausländische Werthe sind nach den Vorschriften wegen Erhebung des Wechselstempels umzurechnen. — Als Gegenstand eines Zeitgeschäfts gilt, nicht die Kurs- oder Preisdifferenz, die Prämie und dergl., sondern die Wechsel, Actien, Staats- oder andere Werthpapiere, oder Waaren, auf welche das Geschäft sich bezieht. Von der Curs- oder Preisdifferenz ist der Stempel nur bei Geschäften zu erheben, bei welchen ausdrücklich bedungen ist, daß lediglich die Differenz vergütet werden, effective Lieferung dagegen ausgeschlossen sein soll. (Differenzgeschäfte.)" — Ferner zum Gesetz als § 6a oder an sonst geeignet erscheinender Stelle einzuschieben: „Auf Zeit abgeschlossen oder prolongirt gilt im Sinne dieses Gesetzes jedes auf Kauf, Anschaffung oder Lieferung von Werthpapieren oder Waaren, die einen Börsen- oder Marktpreis haben, gerichtete Geschäft, durch welches bedungen wird, daß die Lieferung genau zu einer späteren, fest bestimmten Zeit oder binnen einer fest bestimmten Frist für einen beim Abschluß des Geschäfts festgesetzten Preis erfolgen soll."

* Aus Wiesbaden wird von Sonnabend gemeldet: Der Kaiser unternahm gestern nach dem Diner eine Ausfahrt. Heute Abend wird die Großherzogin von Baden hier erwartet.

* Anläßlich der vom Reichskanzler Fürsten Bismarck gestern in Aussicht gestellten Verlegung der Reichsregierung und des Reichstages von Berlin — Kassel wird als projectirte Reichshauptstadt genannt — erzählte der Abgeordnete Braun-Wiesbaden im Foyer des Reichstages folgende recht zeitgemäße Reminiscenz aus kleinstaatlicher Zeit: „Der vormalige Herzog von Nassau, erbittert über die beharrliche Opposition, welche die Abgeordneten von Wiesbaden machten, drohte auch einmal damit, seine Residenz von Wiesbaden wegzulegen, worauf ihm die schlagende Erwiderung zu Theil wurde: „Das könne man sich schon gefallen lassen, wenn nur der Kochbrunnen in Wiesbaden bliebe!"

* Das jetzt erschienene Märzheft der deutschen Reichsstatistik enthält eine Berechnung des Ertrages der Zölle im Kalenderjahre 1880. Derselbe beläuft sich danach auf 166 801 606 Mk. Will man diese Zahl mit den Erträgen früherer Jahre vergleichen, um ein Urtheil über die finanzielle Wirkung des neuen Zolltarifs zu gewinnen, so wird man das Jahr 1879

außer Betracht lassen müssen, da in diesem bei der Mehrzahl der von neuen oder erhöhten Zöllen betroffenen Artikel eine starke Speculationseinfuhr eine außerordentliche Steigerung des Zollertrages herbeigeführt hat. Eine Vergleichung mit dem letzten normalen Jahre, mit dem Jahre 1878, welches 111 585 475 Mk. Zolleinnahme gebracht hatte, ergiebt für das erste Jahr der Geltung des neuen Tarifs einen Mehrertrag von 55 216 131 Mk. oder nahezu 50 Procent. Derselbe ist indessen fast ausschließlich durch die neu eingeführten Zölle aufgebracht worden, deren Gesammtertrag, soweit er aus der Zollstatistik überhaupt im Einzelnen zu ersehen ist, sich auf 50 259 500 Mk. beziffert. Daran participirt **Petroleum** mit 15 998 000 Mk., **Getreide** mit 14 024 000 Mk., **Schmalz** mit 5 459 660 Mk., **Eisen und Eisenwaaren** mit 4 023 000 Mk., **Holz** mit 2 890 000 Mk., **Vieh** mit 1 596 000 Mk. und **Maschinen** mit 908 000 Mk. Es liegt in der Natur der Sache, daß in Folge der noch im Jahre 1879 bewirkten, ungewöhnlich starken Beziehungen das Erträgniß des Jahres 1880 meist geringer ausgefallen ist, als es sich voraussichtlich in späteren Jahren gestalten wird. Doch sind bei einzelnen Artikeln schon jetzt die erwarteten Einnahmen übertroffen. So haben z. B. die Getreidezölle, deren Ertrag die Reichstags-Commission s. Z. auf 12 Millionen Mk. veranschlagt hatte, schon im ersten Jahre 2 Millionen Mk. mehr geliefert; Schmalz, von dem man eine Einnahme von 3 784 000 Mk. erwartete, hat diesen Betrag schon um 1¼ Mill. Mk. überschritten. Es sind also gerade die nothwendigsten Lebensmittel, die gleich im ersten Jahre eine schwerere Steuerlast zu tragen haben, als man im Juli 1879 vorausgesetzt hat. Im Gegensatz zu den neu eingeführten Zöllen haben die erhöhten Zölle der Reichskasse bisher nur ein geringes Plus abgeworfen. Hier liegt der Grund wohl vorzugsweise in der Hereinnahme großer Vorräthe der wichtigsten Finanzartikel in das Zollgebiet vor Inkrafttreten der Zölle.

* Die **Antisemiten-Petition** ist, wie bereits berichtet, in einer größeren Anzahl von Bänden dem Reichskanzler übergeben worden. Die darauf ertheilte Antwort beschränkt sich der „Nat.-Ztg." zufolge auf die vom Vorstand der Reichskanzlei ausgestellte Bescheinigung über die geschehene Einlieferung.

* Die Stadtverordneten-Versammlung zu **Magdeburg** hat (gleichwie früher die zu Halle) in ihrer vorgestrigen Sitzung beschlossen, daß der neu anzustellende Oberbürgermeister principiell keine besoldeten Nebenämter übernehmen dürfe. Dafür soll ein entsprechend höheres Gehalt normirt werden.

München, 30. April. Die Kammer der Reichsräthe und der Abgeordneten beschloß, sich bei dem Leichenbegängniß des Generals von der Tann durch eine aus 8 Mitgliedern bestehende Deputation, darunter die beiden Präsidenten, vertreten zu lassen. Die Beerdigung fand heute Nachmittag 4 Uhr auf dem nördlichen Friedhofe mit den für die Beerdigung eines Feldmarschalls vorgeschriebenen militärischen Ehren statt. — Der König hat einen Armeebefehl erlassen, durch welchen bestimmt wird, daß die Offiziere der Armee 3 Tage, die Offiziere des 11. Inf.-Regmts. 7 Tage Trauer anlegen und daß letzteres Regiment den Namen von der Tann unverändert fortführt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 30. April. Das Abgeordnetenhaus beendete heute die Generaldebatte der Budgetvorlage. Im Laufe der Berathung hatte der Finanzminister die Ausführungen der Redner der Opposition zurückgewiesen und die Hoffnung ausgesprochen, daß sich das Deficit durch die Besserung der wirthschaftlichen Verhältnisse im Zusammenhange mit zweckmäßigen finanziellen Maßregeln allmählich beseitigen lassen werde. Der Minister verwahrte sich gegen den Vorwurf, daß er die fünfprocentige Rente zu billig begeben habe und betonte, daß die bisherigen Rentenemissionen zu keinem besseren Course hätten begeben werden können. Die Sitzung hatte von 10 Uhr Vormittags bis 7 Uhr Abends gedauert.

Amerika.

Newyork, 29. April. In Folge der Ueberschwemmungen haben in Kansas City 6000 Personen aus ihren Wohnungen flüchten müssen.

* Zur Auswanderung wird aus Newyork geschrieben: Daß die meisten der jetzt hier anlangenden Einwanderer zum großen Theile den bemittelten Klassen angehören, beweisen die Anweisungen auf bedeutende Summen, welche viele derselben auf hiesige Bankhäuser ziehen. So hatte zum Beispiel eine Anzahl Personen, welche mit den letzten drei deutschen Dampfern hier ankamen, Anweisungen auf ein hiesiges Bankhaus, deren Totalbetrag sich auf über 100 000 Dollars stellte.

(Fortsetzung der Politik in der Beilage.)

Danzig, 2. Mai.

* [**Telegraphisches Wetter-Prognostikon der deutschen Seewarte für Dienstag, den 3. Mai.**] Warmes ziemlich heiteres Wetter mit schwacher Luftbewegung; keine wesentlichen Niederschläge.

Für heute (Montag) war folgendes Prognostikon gestellt: Mildes, veränderliches Wetter mit auffrischenden südwestlichen Winden. Regen.

* Von gestern ab sind auf der Ostbahn die sechstägigen, achttägigen und drei- und viertägigen Retourbillets nach Berlin &c. eingeführt. Dieselben werden für die II. und III. Klasse ausgegeben und berechtigen zu allen, auch den Courierzügen jedoch nicht für Freigepäck. Vor Antritt der Rückfahrt müssen sie zur Abstempelung vorgelegt werden. Die Ausgabe dieser Billets erfolgt: a) zwischen Berlin einerseits und Konitz, Nakel, Neustettin, Pr. Stargard und Schneidemühl andererseits, zwischen Danzig Legethor einerseits und Schneidemühl und Thorn andererseits, zwischen Bromberg einerseits und Königsberg andererseits, sowie zwischen Bromberg und Thorn einerseits und Insterburg andererseits mit dreitägiger; b) zwischen Berlin einerseits und Bromberg, Dirschau und Thorn andererseits mit viertägiger; c) zwischen Berlin einerseits und Braunsberg, Danzig Legethor, Elbing, Marienburg und Osterode andererseits mit sechstägiger und d) zwischen Berlin einerseits und Königsberg und Insterburg andererseits mit achttägiger Giltigkeitsdauer.

* Die Argenauer Revolten gegen die Juden scheinen leider noch immer nicht ganz beendet zu sein. Mehrere jüdische Familien waren schon in den letzten Tagen voriger Woche nach dem nahen Thorn geflüchtet (Argenau, ein Städtchen von ca. 1900 Einwohnern, das bis vor einigen Jahren den polnischen Namen Gniewkowo führte, liegt auf halbem Wege an der Eisenbahn zwischen Thorn und Inowrazlaw); 15 Gensdarmen waren dann bis gestern Nachmittags in Argenau zusammengezogen, trotz alledem war nach einer Depesche von gestern Abend die Erregung noch immer im Wachsen begriffen. Gestern Abend hatten sich wieder aus Stadt und Land große Menschenmassen dort versammelt und man befürchtete neue gefährliche Tumulte. Es flüchteten daher auf's Neue mehrere Familien, die sich größtentheils nach Inowrazlaw begaben. Die „Ostd. Pr." will zwar wissen, daß auch eine Compagnie Militär nach Argenau gesandt sei, von anderer Seite, auch in den uns zugegangenen Depeschen, wird davon aber nichts gemeldet. Seitens der Behörden scheint man mit solchen äußersten Maßregeln noch zu zögern, wahrscheinlich weil man hofft, mit polizeilichen Kräften ferneren Ausschreitungen begegnen und so die Bewegung allmählich beschwichtigen zu können. — Ueber den Ursprung der Revolte wird jetzt von amtlicher Seite durch das „Wolff'sche Tel.-Bureau" folgende Darstellung verbreitet:

„Nach einer Control-Versammlung am 27. d. in Argenau entstand eine Schlägerei zwischen Juden und Reservisten, bei welcher Gelegenheit zwei Reservisten blutig geschlagen wurden und ein Jude einen Hieb über den Kopf bekam. Darauf wurden Nachts 10 Uhr mehreren Juden die Fenster eingeworfen und, als ein Jude zum Fenster hinausschoß, in 13 Häusern Fenster und Läden durch Steinwürfe zertrümmert und mehrere Schüsse abgefeuert. Ein Excedent wurde verhaftet. In der folgenden Nacht wurden in weiteren 4 Häusern die Fenster eingeworfen. Die Untersuchung ist eingeleitet. Bis jetzt sind noch keine weiteren Verhaftungen vorgekommen."

In welcher Weise aber schon lange vor dem Conflict bei der Controlversammlung von antisemitischer Seite in Argenau gehetzt worden ist, das zeigt die nachstehende Proclamation, welche nach der „Trib." anscheinend unbeanstandet in Argenau an die Straßenecken angeschlagen werden durfte:

„Aufruf an die Christenheit! Wachet auf ihr Christen alle und schüttelt ab das Judenjoch. Treibt sie heraus nach ihrem Palästina, die Unterdrücker der Christenheit, sammelt, sammelt euch; zu Hilfe Alle, Alle aus Dörfern und Städten, Alle insgesammt. Haut die Juden, haut die Hunde, haut die Betrüger, stürmet die Höllenbrut. Fürchtet nichts, ihr unterjochten Christen, denn ein guter Held geht uns voran. Nun, so seid nicht feig, es gilt ja nur zu retten unser bischen Hab und Gut. Raus mit den Juden. Bismarck lebe hoch, Dr. Henrici lebe hoch, Dr. Stöcker lebe hoch!"

In einem anderen Placat, welches vor Wochen an der Synagoge angeschlagen sein soll, wurden die Juden aufgefordert, binnen vier Wochen auszuwandern oder sich auf „Stricke um den Hals" gefaßt zu machen. In der Nacht zum 28. April sollen übrigens nicht nur Steine, sondern auch Schwärmer und Raketen in die Wohnungen jüdischer Bewohner geschleudert worden sein. Daß scharfe Schüsse in die Wohnungen abgefeuert worden sind, bestätigt auch ein Correspondent der „Trib.", der selbst eine in einer Wohnung gefundene plattgedrückte Kugel gesehen haben will.

* Die 4½procentigen pommerschen Pfandbriefe sollen nun ebenfalls in 4procentige convertirt werden. Das bezügliche Abkommen mit der Seehandlung ist bereits getroffen und die Kündigung der 4½procentigen Pfandbriefe soll in der ersten Hälfte Mai erfolgen.

* Durch Kabinets-Ordre vom 26. April ist auch für die deutsche Marine der Mauser-Revolver (M./79) eingeführt worden.

* **Neustadt**, 1. Mai. Veranlaßt durch den traurigen Vorgang in der Familie des bereits verstorbenen Oberlehrers Riemer, arbeitet der hiesige Magistrat jetzt ein Ortsstatut aus, durch welches hier die obligatorische Trichinenschau eingeführt werden soll. Gleichzeitig ist, behufs wirksamer Durchführung dieser Maßregel, die Errichtung eines städtischen Schlachthauses in Aussicht genommen.

++ **Berent**, 1. Mai. In dem gestern hier abgehaltenen Kreistage wurde der Etat der Kreis-Communalkasse in Einnahme und Ausgabe pro 1881/82 auf 105 000 M. festgesetzt. Ferner wurde der Bau einer 3 Kilomtr. langen Chaussee von Grenzdorf bis Groß Pagelau beschlossen. Derselbe ist auf 34 000 M. veranschlagt, wozu aus Provinzialfonds pro Meter 8 M. Bauprämie bewilligt sind. Die Erdarbeiten zu der Chaussee sind bereits in Angriff genommen, um den Nothverhältnissen der Arbeiter des Kreises abzuhelfen. In Betreff des Progymnasiums in hiesiger Stadt beschloß der Kreistag mit 20 gegen 2 Stimmen, diese Anstalt als eine öffentliche auf den Kreis zu übernehmen und außer den 3000 M., welche als Beihilfe zum Unterhalte dieser Schule von den Zinsen der Ersparnisse der Kreis-Sparkasse bereits gezahlt werden, noch 2000 M. als jährliche Ausgabe zur Begründung eines Bau- und Pensionsfonds auf den Etat zu stellen. Aus städtischen Mitteln werden zu diesem Fonds 500 M. und zum Unterhalt der Anstalt 1500 M. jährlich gezahlt.

* Der Amtsgerichts-Rath Reichert in Bartenstein ist als Landgerichtsrath an das Landgericht daselbst und der Amtsrichter Krapp in Ortelsburg an das Amtsgericht in Allenstein versetzt.

* Der Stadt Gumbinnen ist behufs Aufnahme einer 4½procentigen Anleihe von 150 000 M. zur Beschaffung von Massenquartieren für ein Bataillon Infanterie ein allerhöchstes Privilegium zur Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Stadt-Obligationen verliehen worden.

* Die Mittheilung mehrerer Zeitungen, daß der conservative Abgeordnete v. Schlieckmann sein Mandat niedergelegt habe, ist unrichtig. Es hat im Gegentheil der Abg. v. Schlieckmann am Sonnabend an der Abstimmung über das Gesetz, betreffend die Dienstwohnungen der Reichsbeamten, noch Theil genommen, obwohl bereits am Tage vorher der Bericht der Wahlprüfungs-Commission, welche einstimmig die Ungiltigerklärung der Schlieckmann'schen Wahl beantragt, im Reichstage vertheilt war und dieser Antrag schon in der nächsten Sitzung des Reichstages zur Verhandlung kommen soll.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

	Crs.	v. 30.		Crs.	v. 30.
Weizen, gelb			Ung.6%Gold-		
Mai	222,00	222,70	rente	101,60	101,70
Mai-Juni	217,50	—	H.Orient-Anl	60,00	60,00
Roggen			1877erRussen	94,40	94,90
Mai	208,50	209,50	1880er „	75,90	76,40
Sept.-Okt.	173,50	175,70	Berg.-Märk.		
Petroleum pr.			St.-Act.	118,00	116,40
200 ℔			Mlawka Bahn	96,20	95,20
Mai	24,00	25,10	Lombarden	204*)	193,50
Büböl			Franzosen	559,50	561,50
Mai-Juni	52,20	—	GalizierSt.-A	126,60	124,80
Sept.-Oct.	54,40	54,80	Rum.6%St.A.	101,40	100,60
Spiritus loco	55,10	55,00	Cred.-Actien	590,00	587,50
pr. Mai-Juni	55,50	—	Disc.-Comm.	202,00	197,00
			Deutsche Bk.	164,60	161,70
4% Consols	102,20	102,00	Laurahütte-		
3½% Wstpr.			Actien	113,40	114,20
Pfandbr.	92,30	92,20	Oestr. Noten	174,15	174,20
4% Westpr.			Russ. Noten	208,50	208,90
Pfandbr.	100,80	101,00	KurzWarsch.	208,30	208,80
4½% Wstpr.			Kurz London	—	20,47
Pfandbr.	103,00	102,90	Lang London	—	20,35

Fondsbörse: fest.

*) Inclusive 8 Proc.

Newyork, 30. April. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 93⅝. Wechsel auf London 4,83¼. Wechsel auf Paris 5,21⅞. 5 pCt. fundirte Anleihe 102⅞. 4 pCt. fundirte Anleihe von 1877 116⅛. Erie-Bahn 45⅞. Central-Pacific 114½. Newyork-Centralbahn 143⅞. Chicago-Eisenbahn 137⅜. — Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 10 9/16. do. in New-Orleans 10⅜, Petroleum in Newyork 8 Gd., do. in Philadelphia 7¾ Gd., rohes Petroleum 6¼, do. Pipe line Certificats — D. 83 C. Mehl 4 D. 65 C. Rother Winterweizen 1 D. 27 C. Weizen pr. laufenden Monat 1 D. 24 C., do. pr. Mai 1 D. 29¾ C., pr. Juni 1 D. 18 C. — Mais (old mixed) 60 C. Zucker (fair refining Muscovados) 7¼, Kaffee (Rio-) 11¾. Schmalz (Marke Wilcox) 11 11/16, do. Fairbanks 11¾, do. Rohe u. Brothers 11 11/16. Speck (short clear) 9¼ C. Getreidefracht 4¼.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 2. Mai.

Weizen loco flau, pr. Tonne von 2000 ℔

feinglasig u. weiß	126—130℔	220—235 M. Br.	
hochbunt	125—129℔	215—225 M. Br.	
hellbunt	117—128℔	185—220 M. Br.	172 M.
bunt	117—126℔	175—205 M. Br.	
roth	117—128℔	195—210 M. Br.	
ordinair	104—129℔	155—190 M. Br.	

Regulirungspreis 126℔ bunt lieferbar 205 M.

Auf Lieferung 126℔ bunt pr. Mai 205 M. Br., 204½ M. Gd., pr. Juni-Juli 204 M. Br., 203 M. Gd., pr. Juli-August 200 M. Gd., pr. Septbr.-Octbr. 197 M. Br., 196 M. Gd.

Roggen loco unverändert, pr. Tonne von 2000 ℔

grobkörnig pr. 120℔ trans. 195 M.

Regulirungspreis 120℔ lieferbar 200 M., unterpoln. 190 M., trans. 188 M.

Auf Lieferung pr. Octbr.-Novbr. 159 M. Br. trans.

Rübsen loco pr. Tonne von 2000 ℔

Winter- 225 M.

Auf Lieferung pr. Septbr.-Octbr. trans. 241 M. bez. und Br.

Wechsel- und Fondscourse. London, 8 Tage, — Br. 4½ pCt. Preußische Consolidirte Staats-Anleihe 105,40 Gd. 3½ pCt. Preuß. Staatsschuldscheine 98,20 Gd. 3½ pCt. Westpr. Pfandbriefe, ritterschaft. 91,90 Gd. 4 pCt. do. do. do. 101,15 Br., 4½ pCt. do. do. Neu-Landschaft 103,25 Br., — gem. 5 pCt. Danz. Schiffahrts-Actien-Gesellschaft incl. Zinsen pr. Stück 126 M. [illegible] pCt. Danziger Brauerei-Actien-Gesellschaft — gem. [illegible] pCt. Danziger Hypotheken-Pfandbriefe pari rückzahlb. 102,10 Br. 5 pCt. Marienburger Ziegelei- und Thonwaaren-Fabrik — gem. 5 pCt. Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn 95,50 Br.

Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, 2. Mai 1881.

Getreide-Börse. Wetter: warm und feucht. — Wind: S.

Weizen loco ohne Kauflust, außer zu billigeren Preisen. Bei flauer Stimmung konnten nur 200 Tonnen etwas billiger als am Sonnabend abgesetzt werden. Es ist bezahlt für hellbunt krank 116, 116/7℔ 173, 176 M., besseren 119, 119/20, 121, 121/2℔ 180, 183, 18[illegible] M., gut hellbunt 119/20℔ 190 M., hochbunt 125, 125/6℔ 200, 203 M., besseren 126℔ 127℔ 213 M. pr. Tonne. Termine Transit Mai 205 M. Br., 204 M. Gd., Juni-Juli 204 M. Br., 203 M. Gd., Juli-August 200 M. Gd., Sept.-Oktober 197 M. Br., 196 M. Gd. Regulirungspreis 205 M. Gekündigt wurden 90 Tonnen zum freien Verkehr.

Roggen loco fest. Verkauft ist inländischer 117℔ krank zu 192 M., 120℔ 197 M. pr. Tonne. Termine Oktober-Novbr Transit 159 M. Br. Regulirungspreis 200 M., unterpolnischer Transit 190 M., Transit 188 M. — Winterrübsen loco alter inländischer zu 225 M. pr. Tonne gekauft. Termine Sept.-Oktbr. Transit 241 M. bez. — Spiritus loco heute ohne Zufuhr, gestern zu 53,50 M. gehandelt.

Getreide-Bestände am 1. Mai 1881: Weizen 19 806 Tonnen, Roggen 2609 Tonnen, Gerste 814 Tonnen, Hafer 263 Tonnen, Erbsen 387 Tonnen, Raps und Rübsen 3113 Tonnen, Leinsaat 32 Tonnen, Mais 38 Tonnen, Dotter — Tonnen.

Productenmärkte.

Königsberg, 30. April. [Wochenbericht vom 25. bis zum 30. April.] (v. Portatius u. Grothe.) Kleesaaten gehen nur noch in geringen Quantitäten um, da die Landwirthe ihren Bedarf bereits zum allergrößesten Theile gedeckt haben. In den Preisen hat sich für bessere Gattungen nichts wesentliches geändert, alle abfallenden Sorten sind jedoch stark vernachlässigt und nahezu unverkäuflich. Für Thymotheum ist die Frage schwächer geworden, Preise haben sich für feine Gattungen leidlich behaupten können. — Spiritus zeigte sich in den Preisschwankungen größtentheils abhängig von dem größeren oder kleineren Umfange der täglichen Loco-Zufuhren, und schlossen sich die Notirungen für Termine den Preisen für effective Waare ziemlich gleichmäßig an. Als Resultat der auf- und abschwankenden Bewegungen ist zu constatiren, daß die gestrigen Schlußcourse ¼ M. — für einzelne Sichten bis ¾ M. — unter denen des vergangenen Sonnabend lagen. Zugeführt vom 23. bis 29. d. waren ca. 190 000 Liter, gekündigt ca. 45 000 Liter. Bezahlt wurde loco 54¾, 54¼, 54½ M., zuletzt 54¼ M. Gd., Frühjahr 54¾, 54¼, 54½, 54¼ M. Gd, Mai-Juni 55, 54½, 54¾, 54½, 54¼ M. u. Gd., Juni 56, 55½, 55¼ M. Gd., Juli 56½, 56, M. Gd., August 57, 56¾ M. Gd., Sept. 57½, 57¼ M. Gd. — Alles pr. 10 000 Liter pCt. ohne Faß.

Breslau, 1. Mai. (Wochenbericht.) In Kleesamen hat sich diese Woche wieder etwas Leben gezeigt, da mehrere Posten mittlerer und geringerer Qualität Roth-Kleesamen zu den bestehenden speculationsfähigen Preisen aus dem Markte genommen worden sind, so daß sich hiesige Läger von Tag zu Tag mehr räumen. Bemerkenswerth ist, daß die noch vorhandenen wenigen Partien Alsyke Käufer gefunden haben, und sich für diesen Artikel gegen den niedrigsten Preisstand in der Saison bereits eine Steigerung von 5–6 M. geltend gemacht hat. Weiß-Kleesamen wenig vorhanden und in besserer Stimmung. Thymothee, Gelbklee und Tannenklee ohne Umsatz. Zu notiren ist per 50 Kilogramm roth 26—32—38—44 M., weiß 32—40—44—55—60 M., schwedisch 30—34—42—50 M., Thymothee 20—23—25—26 M., gelb 16—17—18 M., Tannenklee 34—38—48 M., feinste Qualitäten über Notiz. (Schl. Pr.)

Wolle.

Berlin, 30. April. (Wochenbericht.) Ein sächsischer Kammgarnspinner kaufte circa 500 Ctr. A und AA hinterpommersche Wollen zu 54—55 Thlr. per Ctr. Zur Stoff-Fabrikation gingen nach der Lausitz und Mark ca. 600 Ctr. Wollen verschiedener Herkunft zu circa 55 Thlr. per Ctr. und 300 Ctr. ungewaschene Wollen zu 63—64 M. per Ctr. — In fabrikmäßig gewaschenen Wollen, Schäfereilocken und Landwollen wurden circa 300 Ctr. zu unveränderten Preisen aus dem Markte genommen. — In Gerberwollen sind 300 Ctr. zu 40 bis 46 Thlr. per Ctr., je nach Qualität, nach Sachsen, Thüringen und dem Auslande verkauft worden. — In überseeischen Wollen wurden ca. 600 Ctr. zu verschiedenen Preisen nach den benachbarten Fabrikstädten abgesetzt. Während die Eröffnung der nächsten Londoner Auction überseeischer Wollen auf den 10. Mai anberaumt ist, wird das Haus Gustav Ebell & Co. hier die diesjährige zweite Auction, bestehend aus 2000 Centnern diverser Capwollen am 6. Mai abhalten. Die Berichte aus den Fabrik-Distrikten, namentlich über die tonangebende Kammgarn-Branche lassen in langer Zeit keine Besserung erwarten.

Butter.

Berlin, 2. Mai. [Wochenbericht von Gebr. Lehmann u. Co., Luisenstraße 34.] Die flaue Tendenz des Buttermarktes hat sich behauptet. Ein guter, frischer 100℔-Ausstich wurde Anfangs der Woche poussirt; das Interesse ließ aber bald nach, indem zahlreiche Facturen eintrafen. — Die letzte Etappe vor der Grasbutter ist erreicht und scheint nur geringe Hoffnung zu sein, wenigstens am Schluß der Stallbuttersaison ein lebhaftes Geschäft zu bekommen. — Wir notiren, Alles pr. 50 Kilogramm: Feine und feinste mecklenburger, vorpommersche und holsteiner 112—115—120 M., Mittelsorten 105—110 M., Sahnenbutter von Domänen, Meiereien und Molkerei-Genossenschaften 100—105 M., feine 110—115 M., vereinzelt 120—125 M., abweichende 90—95—100 M. — Landbutter: pommersche 83—85 M., Hofbutter 90—93 M., Netzbrücher 84—86 M., ost- und westpreußische 80—83—85 M., Hofbutter 85—88 M., schles. 83—85 M., feine 88—90 M., Elbinger 86—88 M., bairische 83 M., Gebirgs- 85—90 M., thüringer 90 bis 95 M., hessische 95—100 M. Galizische, ungarische, mährische 75—80 M.

Hamburg, 29. April. [Ahlmann und Boysen.] Bei dem anhaltend kalten, trockenen Wetter sind die Aussichten auf baldige Grasbutter sehr in die Ferne gerückt, in Folge davon war allseitig guter Begehr nach Frischmilchbutter und wurden sämmtliche Zufuhren sowohl von erster wie zweiter Qualität, die sich zum Export eigneten, zu unveränderten Preisen verkauft. Für hiesigen Platzbedarf wurde außer der spärlich zugeführten holsteiner Bauerbutter viel abfallende Hofbutter gekauft. Preise sehr fest und unverändert. Aeltere Sommerbutter ist mehr geräumt, größtentheils in Preisen von 70—80 M. für mehr und weniger fehlerhafte Waare. Die Umsätze in fremder Butter waren klein, da trotz der niedrigen Preise, australische und amerikanische nur 50—60 M., nicht Abnehmer genug waren, die von englischen Plätzen offerirten Partien abzunehmen. Notirungen mit 1 pCt. Decort, Tara in Dritteln 16 Pfd. bei 18 Pfd. Holz, andere Gebinde Netto Tara. Feinste zum Export geeignete Hofbutter aus Schleswig-Holstein, Dänemark, Ost- und Westpreußen und Mecklenburg zu 50 Kilo 115—120 M., zweite Sorten daher 112—115 M., jütländische, schleswigholsteinische Bauer- 90—110 M., galizische, littauische, pommersche 75—95 M., finnländische alte Sommer- 70 bis 80 M., Winter- auf Lieferung 80 M., amerikanische 60—70 M., australische 50—60 M.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 30. April. **Wind**: OSO.

Gesegelt: Gustav Friedrich Focking, Häsert, Bordeaux; Friedrich II., Abshagen, Ostende; Holz. — Rjukan (SD.), Meidel, Königsberg, leer. — Bertha, Schultz, Bristol; Ernst, Ewert, Gent; Neptun, Krüger, Grimsby; Mathilde, Rohrdanz, London; Maria, Fäks, London; Holz.

Angekommen: Bon Accord (SD.), Smith, Alloa, Kohlen.

Gesegelt: Maria, Kagemann, Suttonbridge; Friedrich Wilhelm Jebens, Hoppe, Portsmouth; Oberon, Beckmann, London; Holz. — Iduna (SD.), Hansen, Leith, Zucker. — Anna Bertha, Schalla, Amsterdam, Holz. — Storken, Mörk, Bornholm, Ballast. — Orvar Odd (SD.), Pettersen, Carlskrona, leer. — Nidelven, Nordberg, Ostende; Fremad, Johannsen, London; Holz.

1. Mai. **Wind**: S.

Angekommen: Skjald Tönnesen, Newyork, Petroleum. — Telesilla (SD.), Webster, Hartlepool, Kohlen. — Guiding Star, Innes, St. Davids, Kohlen. — Phönix, Rubarth, Slite, Kalksteine. — Annie (SD.), Domke, Newcastle, Kohlen. — Emigrant, Aalholm, Newyork, Petroleum.

Gesegelt: Auguste Jeanette, Jürgens, Huelva J. P. Juhl, Parow, St. Nazaire; Holz. — Lina (SD.), Scherlau, Stettin, Getreide und Güter. — Clara Prohn, Bordeaux; Carl Friedrich, Jahnke, London; Arthur, Schäfer, London; Holz. — Carlshamn (SD.), Uden, Carlskrona, leer. — Superbe, Fründt, Bordeaux, Holz. — Ingeborg (SD.), Hauge, Kopenhagen, leer.

2. Mai. **Wind**: WSW.

Angekommen: Northumberland (SD.), Graham, Middlesbro, Roheisen. — Therese, Prohn, St. Davids, Kohlen. — Kreßmann (SD.), Kroll, Stettin, Güter. — Meta, Waack, Grangemouth, Kohlen. — Noah, Jürgens, Newyork, Petroleum. — Urania, Geyken, Grangemouth, Kohlen. — Teutonia (SD), Flügel, Lübeck, leer. — Posthalter J. C. Wahl, Lassow, St. Davids, Kohlen.

Gesegelt: Severus, Köhn, London, Holz. — Albert, Henning, Lübeck, Getreide. — Arcturus, Brandhoff, London, Holz. — Johanna, Jung, Helsingborg, Kleie. — Atlantic, Käger, St. Nazaire, Holz.

Im Ankommen: 1 Dampfer, 1 Logger, 1 Schiff.

Thorn, 30 April. — **Wasserstand**: 4 Fuß 11 Zoll.
Wind: W. — **Wetter**: schön, klar.

Stromab:

Mechelke, Wieniawski, Wloclawek, Berlin, 1 Kahn, 86 829 Kilogr. Roggen.

Drenikow, Askanas, Plock, Danzig, 1 Kahn, 114 750 Kilogr. Weizen.

Friedrich, Askanas, Plock, Danzig, 1 Kahn, 117 300 Kilogr. Weizen.

Burnicki, Schungmann, Wyszogrod, Danzig, 1 Kahn, 120 800 Kilogr. Weizen.

Kopcinski, Ulich, Meiszew, Danzig, 1 Kahn, 1992 Kilogr. Kleesamen, 63 600 Kilogr. Melasse.

Schiffs-Nachrichten.

Stettin, 30. April. Laut Telegramm aus Pernau von gestern ist dort die Brigg „Leucothea" durch Eisgang auf Land gerathen. Außerdem sind sämmtliche Schiffe mit Ausnahme des „Arthur" auf Strand gerathen.

Bolderaa, 26. April. Der Capitän vom englischen Dampfer „Leo" berichtet, daß der Meerbusen circa 5 deutsche Meilen eisfrei ist und Dampfer „Silvio" circa 8 Meilen von Dünamünde noch im Eise festsitzt.

Melbourne, 30. April. (Tel.) Der Dampfer „Tararua" hat an der Küste von Otago vollständig Schiffbruch gelitten; gegen 80 Personen sind hierbei umgekommen.

Meteorologische Depesche vom 30. April.

8 Uhr Morgens.

	Barometer.	Wind.		Wetter.	Temp.	Bem.
Mullaghmore	751	SSO	4	bedeckt	11	
Aberdeen	756	NO	1	Dunst	8	
Christiansund	764	OSO	2	wolkenlos	2	
Kopenhagen	762	S	2	bedeckt	7	
Stockholm	768	W	2	wolkenlos	4	
Haparanda	760	S	2	wolkenlos	-7	
Petersburg	764	NO	1	bedeckt	1	
Moskau	—	—	—	—	—	
Cork, Queenstown	752	S	4	bedeckt	9	1)
Brest	779	S	2	Dunst	11	2)
Helder	760	SW	2	Regen	8	
Sylt	760	WSW	1	Regen	6	
Hamburg	761	SSO	1	Regen	8	3)
Swinemünde	764	SSO	3	bedeckt	8	
Neufahrwasser	766	SSO	1	wolkenlos	6	4)
Memel	765	S	1	heiter	4	
Paris	—	—	—	—	—	
Münster	762	WSW	4	Regen	9	
Karlsruhe	765	SW	2	bedeckt	10	
Wiesbaden	766	W	1	bedeckt	9	5)
München	767	SW	3	bedeckt	3	
Leipzig	764	SSW	2	Regen	6	
Berlin	764	S	1	bedeckt	7	
Wien	768	N	1	wolkenlos	4	
Breslau	767	SW	2	wolkenlos	5	6)
Ile d'Aix	—	—	—	—	—	
Nizza	—	—	—	—	—	
Triest	768	O	1	wolkenlos	12	

1) Seegang mässig. 2) Seegang mässig. 3) Nebel. 4) Nachts starker Reif. 5) Nachts Regen. 6) Nachts etwas Schnee, Regen, Graupeln.

Deutsche Seewarte.

Wetterbericht für die Ostseehäfen

vom 1. Mai, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barometer mm. auf 0° u. Meeresspiegel reducirt.	Wind. Richtung.	Wind. Stärke nach Beauforts Scala.	Wetter.	Temperatur Cels.	Seegang 0 = schlicht, 9 = äusserst hoch.
Memel	760,8	SO	4	bedeckt	4	2
Neufahrwasser	758,9	S	3	bedeckt	7	—
Swinemünde	755,2	SSO	3	halbbed.	10	0
Kiel	751,7	S	5	bedeckt	10	—
Skagen	754,9	O	4	Regen	4	3
Kopenhagen	753,6	S	2	Nebel	6	—
Bornholm Hammer	754,9	SW	2	Nebel	9	—
Stockholm	759,3	SSO	2	bedeckt	3	—
Riga	763,4	Windst.	0	wolkenl.	4	—

Der Barometer ist in Süd-Europa meist wenig verändert, sonst überall gefallen; Depression über England. Auf dem Canal und der südlichen Nordsee mässiger bis starker Westsüdwest, auf der deutschen Ostsee mässiger Süd. Wetter mild, veränderlich vielfach Regen. Der Hafen von Wisby ist offen.

Wetterbericht für die Ostseehäfen

Vom 2. Mai, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barometer mm. auf 0° u. Meeresspiegel reducirt.	Wind. Richtung.	Wind. Stärke nach Beaufort's Scala.	Wetter.	Temperatur Cels.	Seegang 0 = schlicht, 9 = äusserst hoch.
Memel	757,1	SW	4	bedeckt	7	3
Neufahrwasser	758,3	SW	2	heiter	14	—
Swinemünde	756,6	SSO	1	wolkig	11	0
Kiel	754,8	SSW	2	Regen	7	
Skagen	752,2	SSW	3	Regen	5	2
Kopenhagen	754,6	SW	2	Dunst	7	
BornholmHammer	755,7	SW	2	halbbed.	8	—
Stockholm	752,0	NNO	2	Schnee	1	—
Riga	756,0	S	2	bedeckt	8	—

Der Barometer ist in Nordbritannien gestiegen, in Südwest-Europa gefallen; Depression vor dem Canal. Winde auf dem Canal leicht und umlaufend, auf der südlichen Nord- und der Ostsee schwach und südwestlich. Wetter mild, veränderlich, ohne wesentliche Niederschläge.

Meteorologische Beobachtungen.

Mai.	Stunde.	Barometer-Stand in Millimetern.	Thermometer Celsius.	Wind und Wetter.
1	12	755,2	13,0	Süd, frisch, bewölkt.
2	8	756,9	12,2	SW., flau, theilw. l. bezogen.
	12	756,7	16,8	SW., flau, bezogen.

Verantwortliche Redaction der Zeitung, mit Ausschluß der folgenden besonders bezeichneten Theile: H. Rödner, für den lokalen und provinziellen Theil, die Handels- und Schifffahrtsnachrichten: A. Klein, für den Inseraten theil: A. W. Kafemann, alle in Danzig.

Durch die Geburt eines Sohnes wurden erfreut
Danzig den 1. Mai 1881.
Eugen Remenowski und Frau.

Heute Nachmittag 3 Uhr wurde meine liebe Frau von einem todten Knaben sehr schwer aber glücklich entbunden, welches hiermit anzeigt
Diebau, den 1. Mai 1881.
Eugen Lebbe.

Die Verlobung meiner Tochter **Clara** mit dem Gutsbesitzer Herrn **Fritz Meske**-Reichfelde zeige hiermit ergebenst an.
Danzig, den 1. Mai 1881.
Johanna Tausch,
geb. Lebbe.

Clara Tausch,
Fritz Meske,
Verlobte.

Nach kurzem schweren Leiden entschlief heute Nachmittag 4¼ Uhr mein theurer Gatte, unser guter Vater
Ludwig Neumann
in seinem 44. Lebensjahre, welches tief gebeugt allen Freunden und Bekannten statt besonderer Meldung hiermit anzeigen.
Adl. Rauden, den 1. Mai 1881.
Bertha Neumann, geb. Möller, nebst Kinder.
Die Beerdigung findet Freitag, den 6. Mai, Nachmittags 3 Uhr, statt.

Gestern Abend 10½ Uhr verschied in Folge eines Gehirnschlages im 53. Lebensjahre unser innig geliebter Gatte und Vater
Theodor Tiessen.
Diese Trauerbotschaft widmen wir Verwandten und Freunden mit der Bitte um stille Theilnahme.
Elbing, den 1. Mai 1881.
Elise Tiessen, geb. Wiebe und Tochter.

Meine liebe gute Frau **Anna**, geb. Frühling, verschied heute an den Folgen des Kindbett-Fiebers im ersten Jahre unserer Ehe.
Danzig, 1. Mai 1881.
Eduard Schönrock.

Heute Morgen 8¾ Uhr entschlief sanft nach langem, schweren Leiden der Mühlenbesitzer **Paul Gerhard Kohn**, welches tief betrübt anzeigen
Gemlitz, den 30. April 1881.
Die Hinterbliebenen.

Heute Abend 10 Uhr entschlief nach längerem Leiden im 76. Lebensjahre unser lieber Vater, Groß- u. Schwiegervater, der Comptoir- und Lagerdiener
David Reiteleit.
Danzig, den 30. April 1881.
Die Beerdigung findet am Mittwoch den 4. Mai, Vormittag 9 Uhr von der Heil. Leichnamshalle nach dem neuen Marienkirchhofe statt.

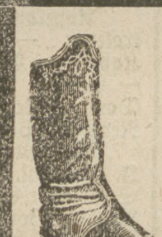
Auction
im Hause Johannisgasse No. 31.
Am **6. Mai cr.**, Nachmittags 4 Uhr, werde ich am angegebenen Orte
eine grössere Partie Nutzholz
im Wege der Zwangsvollstreckung gegen sofortige Zahlung meistbietend versteigern.
Petersson,
Gerichtsvollzieher,
Pfefferstadt No. 37.

Auction.
Am **6. Mai cr.**, Vormittags 9 Uhr, werde ich in meinem Auctions-Lokal **Pfefferstadt No. 37:**
diverse Bestände eines Materialwaarengeschäfts, darunter eine
größere Partie
Cichorien, Spirituosen, Kartoffelmehl, Stearinlichte, Kautabak, sowie ein Sopha, 1 mah. Schreibsekretär, ein polirtes Glasspind, 1 Tisch, 3 Stühle, 1 Deicmalwaage, 1 Standwaage
im Wege der Zwangsvollstreckung, gegen sofortige Zahlung meistbietend versteigern.
Petersson,
Gerichts-Vollzieher.
Pfefferstadt 37.

Große Mobiliar-Auction
im Gewerbehause, Heilige Geistgasse 82.
Dienstag, den 3. Mai, von 10 Uhr ab, werde ich im Auftrage 1 mah. Schreibsekretair, 1 mah. Flügel, 3 Kleiderspinde, 3 mah. Wäschespinde, 1 zweithürigen polirten Garderobenschrank, mah. Waschtische, mah. Spieltische, 2 mah. Pfeilerspiegel, 1 Toilettespiegel, 2 Bettstellen mit Matratze, Kommoden, 1 Damenschreibetisch, 4 mah. Sophas mit Damastbezug, 2 mah. Nähtische, 1 Glasspind, 1 Bettschirm (4 flüglich), 1 Silberspind, 2 Bücherschränke, 2 Satz sehr gute Betten, mah. und birkene Stühle (darunter hochlehnige mit Rohrlehnen), ein- und zweisäulige Sophatische, 1 Regulator, 1 Wanduhr, 2 Büsten (Schiller und Göthe), 1 ovalen Sophaspiegel, **1 Partie Teppiche und Bettvorleger**, 24 Regenschirme, Porzellan und Glassachen, 1 Eisspind und diverse andere Gegenstände, öffentlich an den Meistbietenden gegen Baar versteigern, wozu einlade (5563
A. Collet,
Auctions-Commissarius u. Taxator.

Golmer Sahnenkäse, frisch eingetroffen,
empfehle stückweise und ausgewogen.
F. E. Gossing,
Jopen- und Portechaisengassen-Ecke No. 14.

Daß ich mit unveränderter Firma:
Nordström & Thulin
das von meinem abgestorbenen Compagnon Herrn C. D. Nordström hierselbst im Jahre 1850 etablirte und seit 1870 von uns gemeinschaftlich betriebene
Schiffsmakler und Befrachtungs-Geschäft
allein fortsetze, habe ich hiermit die Ehre anzuzeigen.
Stockholm, im April 1881.
C. G. Thulin,
vereidigter Schiffsmakler.


Das
Schuh- u. Stiefel-Magazin
von
Fr. Kaiser,
Jopengasse 20, 1 Treppe hoch,

empfiehlt sein großes Lager von Fußbekleidungen aller Art (und eigenes Fabrikat) in neuesten Facons vom besten Material und gediegener Arbeit für Herren, Damen und Kinder zu zeitgemäß soliden Preisen.
Alte Bestände werden bedeutend unter Kostenpreis verkauft. Bestellungen prompt effectuirt. (5574


Alle Pelz- u. Wollsachen werden für den Sommer zur Conservirung angenommen u. gegen Feuersgefahr versichert. A. Grigoleit,
Kürschner, Kürschnergasse 9.

Farben,
metallische wie Erdfarben, **Farben in Oel** gerieben, **Lacke, Firnisse,** sowie **technische Artikel** für alle Branchen der Gewerbe-Industrie offerirt die Handlung von
Bernhard Braune,
Danzig. (938

Danziger Schiffahrts-Actien-Gesellschaft.
Wir zeigen hiermit an, daß die am 9. April cr. stattgehabte General-Versammlung der Danziger Schiffahrts-Actien-Gesellschaft beschlossen hat, das Kapital der Gesellschaft von ℳ 1 575 000 auf ℳ 1 050 000 und demnach den Nominalwerth jeder Actie von ℳ 300 auf ℳ 200 herabzusetzen.
Gleichzeitig fordern wir hiermit in Gemäßheit des Artikel 243 des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches die Gläubiger der Gesellschaft auf, sich bei dem Vorsitzenden des Vorstandes Herrn Geheimrath **L. Goldschmidt** hierselbst zu melden. (5522
Danzig, den 29. April 1881.
Der Vorstand der Danziger Schiffahrts-Actien-Gesellschaft.
George Mix. **J. S. Stoddart.**

Baustelle-Verkauf.
am Thorn'schen Weg.
Freitag, den 6. Mai 1881, Vormittags 10 Uhr, werde ich im Auftrage am angeführten Orte
1 Baustelle in Größe von 8192 Quadratfuß von dem Grundstück Steindamm unter der Servis-Nummer 30, Blatt 5
in öffentlicher Licitation an den Meistbietenden verkaufen.
Jeder Bieter auf die oben angeführte Parzelle hat vor der Licitation die Summe von Mk. 1000 entweder in baarem Gelde oder in Staatspapieren als Caution zu deponiren.
Die Verkaufs-Bedingungen sowie Situations-Plan sind in meinem Bureau Hundegasse No. 111 einzusehen.
Joh. Jac. Wagner Sohn,
vereid. Gerichts-Taxator und Auctionator,
Bureau: Hundegasse No. 111.

Lairitz'sche **Waldwollwaaren für den Sommer:** als: **Jacken, Hosen, Strümpfe** ꝛc. sind eingegangen bei
A. W. Jantzen, Bade-Anstalt, Vorst. Graben 34.
Römische Bäder und alle Arten Wannenbäder in **Porzellan-, Englischen, Emaille-** und Metall-Wannen empfiehlt
A. W. Jantzen, Bade-Anstalt, Vorst. Graben 34.
Frischer Kiefernadel-Bade-Extract ist eingetroffen bei
A. W. Jantzen, Bade-Anstalt, Vorst. Graben 34.

Seine Maschinen-Bauanstalt u. Metallgießerei
empfiehlt [7646
J. Zimmermann, Danzig, Steindamm 7.

Loose
zur Königsberger Pferde-Verloosung, 4. Mai, a 3 Mk.
zur Mecklenburger Pferde-Verloosung, 25. Mai, a 3 Mk.
zur Lotterie von Baden-Baden, I. Ziehung am 7. Juni, a 2 Mk.,
Vollloose für alle V Kl. 10 Mk. **in der Expedition der Danziger Zeitung.**

Brauerei Englisch Brunnen, Elbing,
Lager- und Böhmisches Bier obiger Brauerei in vorzüglicher Qualität, empfiehlt in Gebinden als auch in etiquettirten Flaschen
Robert Krüger, Hundegasse 34

Mecklenb. Hypotheken- und Wechselbank in Schwerin.
Die Bank beleiht städtische Grundstücke und Liegenschaften resp. lombardirt Hypotheken unter soliden Bedingungen.
Die General-Agentur.
Wilh. Wehl, Danzig, Brodbänkengasse 12. [9319

In vorzüglichen Qualitäten und brillantesten Mustern empfehlen in einzelnen Metern zu Engros-Preisen,
bedeutend billiger als in jedem Detail-Geschäft:
Sommerüberzieher und Anzugstoffe, dauerhafte waschechte Stoffe zu Knabenanzügen, Stoffe zu Damenpaletots,
sämmtliche Futterstoffe für die Herren-Garderobe.
Auf die sehr wesentlichen Vortheile beim Einkauf erlauben uns wiederholt ergebenst aufmerksam zu machen.
Riess & Reimann,
Breitgasse No. 56.

Herings-Auction.
Dienstag, den 3. Mai, Vormittags 10 Uhr, Auction über soeben per „**Lina**", Capitän Onken, hier eingetroffene: (5492
Norwegische Fettheringe,
sowie über diverse **gestempelte und ungestempelte schottische Heringe,** worunter auch **Tornbellies** im Herings-Magazin „**Langelauf**", **Hopfengasse No. 1,** von
Otto Fr. Wendt.

F. B. Prager,
Milchkannengasse 20
offerirt:
Eiserne Träger
von 100 bis 350 Mm. Höhe.
Façoneisen,
Eisenbahnschienen
zu Bauzwecken. Alle zu Bauten nöthigen Eisentheile werden ebenfalls schnell und billig geliefert.

Neue englische Matjes-Heringe
empfiehlt
A.v.Zynda.
Hundegasse 119.

Große
Ostender Hummer,
frische
Mainzer Stangenspargel, frische franz. Gemüse
und alle ff. Delicatessen
empfiehlt
Rathsweinkellerküche.

Königsberger Pferde-Lotterie. Ziehung 4. Mai cr. Loose a ℳ 3.
Stettiner Pferde-Lotterie. Ziehung 24. Mai cr. Loose à ℳ 3.
Mecklenburger Pferde-Lotterie. Ziehung 25. Mai cr. Loose à ℳ 3.
Casseler Pferde-Lotterie. Ziehung 1. Juni cr. Loose a ℳ 3, bei
Th. Bertling, Gerbergasse 2.
Der Verkauf der Königsberger Loose wird morgen Abend geschlossen.

Nach Putzig.
Dampfer „**Putzig**", Capitain **Barlasch, Mittwoch, den 4. Mai,** Nachmittags 3 Uhr, Abgang vom Schäferei'schen Wasser. (5512
„Weichsel", Danziger Dampfschifffahrt und Seebad-Actien-Gesellschaft.
Emil Berenz.

Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich dem Herrn **E. Barnick**, Steindamm 12, **den alleinigen Verkauf meiner**
patentirten Eisspinde
für **Danzig** übertragen habe.
Elbing, den 2. Mai 1881.
H. Henning.

Bezugnehmend auf obige Annonce empfiehlt
Eisspinde
in verschiedenen Größen zu Fabrik-Preisen (5585
E. Barnick.

Schuhwaaren-Fabrik
von
G. Willdorff,
Kürschnergasse 39,
empfiehlt
Herren-Gamaschen
in bekannt reeller Arbeit für 7, 8, 9 und 10 ℳ
Herren-Schaftstiefel
von bestem Roßleder für 10 ℳ
Damen-Lederstiefel
Wiener Facon und bester Ausführung von 6 ℳ an.
Leder- und Lasting-Knopfstiefel
für Mädchen und Kinder von 2,25 ℳ an.
Knaben-Husarenstiefel
von 5 ℳ an.

Träger und Eisenbahnschienen zu Bauzwecken
empfiehlt billigst
Max Baden,
43. Milchkannengasse 34.

Die Einweihung
des neu erbauten Asylhauses der „Reinicke-Stiftung", Stiftgasse 17/18, findet am Mittwoch den 4. Mai, Nachmittag 5 Uhr, statt und werden Freunde und Gönner der Stiftung ersucht derselben beizuwohnen.
Der Vorstand.

Neue Stoffe
zu Sommer-Anzügen sind in großartigster Auswahl auf Lager und wird auf Bestellung
für 45 Mark
ein eleg. Anzug gut passend angefertigt.
Mode-Magazin für Herren
Heil. Geistgasse 59, 1. Etage.

Sonnenschirme
in höchst eleganter Ausstattung empfiehlt billigst
Louis Willdorff,
Ziegengasse 5.

Felix Gepp,
Kunstdrechsler u. Graveur.
Brodbänkengasse 49
vis a vis der Gr. Krämergasse
empfiehlt sich einem hochgeehrten Publikum bei Bedarf hiermit ganz ergebenst, **reelle** Waare bei nur **billigsten** Preisen.
Felix Gepp,
Brodbänkengasse 49
vis a vis der Gr. Krämergasse.

Pa Portland-Cement „Mercur"
billigst
Petzke & Co.,
Langgasse No. 20 III.

Circa 1000 Centner gesunde
Daber'sche Kartoffeln
habe ab Station Pottangow zu verkaufen.
A. Wallenius,
Comtoir: Hopfengasse 28.

Wildprethandlung: Rehe, Schneehühner, Puten u. s. w.
Rövergasse 13.
Versandt nach außerhalb prompt.

Ein fast neu. Krankenstuhlwagen ist zu verkaufen Hundegasse 77, 2 Treppen.

Gutskaufsgesuch.
Bei 36000 ℳ Anz. wird ein Gut mit gutem Boden und festen Hypotheken zu kaufen gesucht. Offerten mit Angabe des Grundsteuer-Reinertrages durch die Exp. dieser Ztg. unter No. 5415 erbet.

Hausverkauf.
Ein Geschäftshaus in der Nähe des Fischmarkts in welchem seit vielen Jahr. ein Kurzwaaren-Geschäft mit Erfolg betrieben, ist Familienverhältnisse halber z. verkaufen.
Reflectanten belieben ihre Adressen unt. 5574 in d. Expd. d. Ztg. einzur.

Ein Lehrling
kann sofort eintreten bei
F. Niese Nachfolger,
Specialgeschäft f. Tapeten u. Teppiche.

Eine Berliner Plätterin empfiehlt sich a. alte und neue Wäsche auch werden daselbst Gardinen und Leibwäsche angenommen. Mausegasse 6, 3 Tr. rechts.

Associe-Gesuch.
Mit einem Capital von ca. 8000 ℳ suche ich mich einem Kaufmann (activ) zu associren, oder auch in ein. Geschäft oder Fabrik gegen event. Caution eine selbstständige Stellung anzunehmen. Off. unter H 803 a. befördern Haasenstein und Vogler, Hannover.

Eine Klavierlehrerin
wünscht noch einige Stunden zu ertheil. Langfuhr Herrmanshöfer Weg 2, zwei Treppen.

Ein Ladenlocal
mit resp. auch ohne Wohnung wird in der Wollwebergasse, Langgasse od. der. nächsten Nähe, zum 1. October z. mieth. gesucht. Gefällige Adressen in der Expd. dieser Zeitung unter 5559 erbeten.

Gesucht eine sofort zu beziehende Wohnung von 5—7 Zimmer mit Mädchengelaß, all. Zubeh., wenn mögl. Pferdestall. Adressen an den Portier d. Hotel de Thorn abzugeben.

Langgasse 41
ist die Saal-Etage, 5 Zimmer, Entree, Mädchenstube, Küche und Zubehör, sofort zu vermiethen.

Langgasse 41
ist die III. Etage, von 5 Zimmern, Küche, Mädchenstube und Zubehör sofort zu vermiethen. [7386

Langefuhr 21 (in dem früheren Köhnischen Hause) sind 2 eleg. Wohnungen von 6 und 8 Zimmern, Badezimmern, Pferdestallungen, städtische Wasserleitung mit Kanalisirung, Eintritt in den Park und Garten für den Sommer auch für das ganze Jahr zu vermiethen. Daselbst ist auch eine kleine Garten-Wohnung zu verm. Näh. das. bei Gärtner Pegelow od. bei mir selbst in Oliva. **A. Christoph.**

Einigkeit.
Conf. ▭ III.
Dienstag, den 3. Mai, 7 Uhr.

Appell
Montag, den 2. Mai cr. bei **Frank**, Brodbänkengasse 44. Bericht d. Revisoren. Ertheilung der Decharge pro 1880/81.

Riesen-Krebse,
sowie täglich
frische Krebssuppe
empfiehlt
Julius Frank,
Brodbänkengasse No. 44.

Restaurant Selonke.
Heute Montag, den 25. April cr.
Familien-Concert
des **Theil**'schen Septetts. Anf. 7½ Uhr. Entree frei.

Caféhaus zur halben Allee.
Dienstag, den 3. Mai:
Erstes Garten-Concert
ausgeführt von der Kapelle des 1. Leib-Husaren-Regiments No. 1 unter Leitung des Musik-Direktors Herrn **F. Keil.**
Anfang 3½ Uhr. Entree 10 ₰. Kinder frei.
J. Kochanski.
Bei ungünstiger Witterung Concert im Saal.

Wilhelm-Theater.
Dienstag, den 3. Mai 1881
Große Gala-Vorstellung.
Zum 5. Male:
Nette Matrosen.
Komische Operette in 1 Akt von E. Linderer.
Auftreten der bestrenommirten englischen
Gymnastiker-Gesellschaft
Johnson, 5 Personen.
Auftreten der Tyroliennen-Sängerin
Fräul. Johanna Klobus
(Specialität).
Auftreten der Chansonetten-Sängerinnen
Frl. Emmy Höfen, Josephine Schön,
Auftreten der Solo-Tänzerinnen Fräul. **Boenke** und **Heuberger,**
sowie der Ballet-Tänzerinnen Fräulein **Nicode** und **Amalie v. Becker.**
Jeden Abend um 10 Uhr:
Auftreten der weltberühmten
Velocipeden-Künstler-Gesellschaft Zento,
4 Damen, 1 Herr.
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anf. 7½ Uhr.
Mittwoch, den 4. Mai 1881.
Benefiz
für Fräulein Klobus.

Druck u. Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.
Hierzu eine Beilage.